

DStGB

DOKUMENTATION NO 157

KOMMUNEN INNOVATIV

Ansätze für eine zukunftsorientierte Entwicklung von Städten und Gemeinden



GEFÖRDERT VOM



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund
www.dstgb.de

lifu
Deutsches Institut
für Urbanistik



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Deutschen Städte- und Gemeindebundes	3	Allianzen bilden!	21
Vorwort des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4	Leute machen Kleinstadt	22
Vorwort des Deutschen Instituts für Urbanistik	5	Gemeinsame Prinzipien als Basis von Bürgerbeteiligung	23
Heute das Morgen gestalten: Herausforderung für zukunftsfähige Kommunen	6	Wie können Jugendliche an der Gestaltung einer nachhaltigen Kommune mitwirken?	24
Die BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“: Kommunen und Wissenschaft entwickeln gemeinsam zukunftsorientierte Lösungen	8	Lokale Netzwerke zwischen Bürger*innen und Kommune im ländlichen Raum	25
Daseinsvorsorge sichern!	11	Bürgermeister-Interview mit Björn Mühlena (Gemeinde Wangerland)	26
Digitale Werkzeuge für ein kleinräumiges Demografie-Monitoring und Bevölkerungsprognosen	12	Innen entwickeln!	27
Grüne Infrastrukturgemeinsam entwickeln	13	Mit digitalen Tools für Innenentwicklung sensibilisieren	28
Kooperationen von Kommunen sichern Lebensqualität im ländlichen Raum	14	Wohnraum in alternden Einfamilienhausgebieten passgenau nutzen	29
Gemeinsam unterwegs in die Zukunft	15	Frühwarnsystem zur Vermeidung von Gewerbeleerstand	30
Bürgermeister-Interview mit Alexander Heppe (Kreisstadt Eschwege)	16	Kommunaler Innenentwicklungsfonds – Stärkung der Region durch Erhalt und Attraktivierung von zentralen Ortslagen	31
Vielfalt leben!	17	Ein Bürgerfonds für historische Fachwerkstädte	32
Durch Integration von Zugewanderten die kommunale Zukunftsfähigkeit stärken	18	Bürgermeister-Interview mit Detlef Meyer (Samtgemeinde Grafschaft Hoya)	33
Vielfalt erfordert Sensibilität: Migrantische Ökonomie auch in ländlichen Räumen bedarfsgerecht fördern	19	Perspektiven für innovative Kommunen	34
Bürgermeister-Interview mit Hans Peter Böffgen (Verbandsgemeinde Gerolstein)	20		

IMPRESSUM

Herausgeber:

Deutscher Städte und Gemeindebund (DStGB) und Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Texte:

Dr. Stephanie Bock (Difu), Julia Diringer (Difu). Die Projektdarstellungen in den Kapitel „Daseinsvorsorge sichern!“, „Vielfalt leben!“, „Allianzen bilden!“ und „Innen entwickeln!“ wurden von den jeweiligen Projektbearbeiterinnen und -bearbeitern zur Verfügung gestellt.

Redaktion:

Patrick Diekelmann (Difu)

Gestaltung und Satz:

W&S Epic GmbH, Burgwedel

Verantwortlich für den Deutschen Städte- und Gemeindebund:

Bernd Düsterdiek (DStGB)

Verantwortlich für das Deutsche Institut für Urbanistik:

Dr. Stephanie Bock (Difu), Julia Diringer (Difu).

Bildnachweise:

shutterstock.com (Titel); Bauhaus-Institut für zukunftsweisende Infrastruktursysteme (b.is) (Titel); DStGB (S.3); BMBF (S.4); Difu (S.5,8); Hans-Peter Seum (Titel, S.10); Projekt „WEBWiko“ (S.12); Katrin Quinckhardt (S.13); Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) (S.14); Andrzej Sielicki (Titel, S.15); Matthias Cieslak (S.16); Verbandsgemeinde Gerolstein (S.18, 20); Projekt „MIGOEK“ (S.19); Frank Schwarzkopf (S.22); Projekt „TransformBar“ (S.23); Samt-gemeinde Barnstorf (S.24); ARSU/Ernst Schäfer (Titel, S.25); Björn Mühlena (S.26); Projekt „AktVis“ (Titel, S.28); Kreis Steinfurt (S.29); Eckhard Wiebrock (S.30); Sandra Eckardt (S.31); Laura Plugge (S.32); Samtgemeinde Grafschaft Hoya (S.33).

Berlin, November 2020

VORWORT DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

Mit der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ verfolgt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Ziel, die Daseinsvorsorge in Kommunen und Regionen durch eine nachhaltige Entwicklung zu stärken und damit zu gleichwertigen Lebensverhältnissen im ganzen Land beizutragen. Dies ist ein wichtiger Ansatz, der auch in Zukunft gestärkt werden muss.

Nicht nur die Auswirkungen der Corona-Pandemie fordern derzeit unsere Städte und Gemeinden: Demografischer Wandel, Digitalisierung, Zuwanderung und Integration, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums oder auch eine klimagerechte Stadtentwicklung: Für all diese Themenfelder müssen – bei weiterhin schwieriger Finanzlage – aus kommunaler Sicht dringend Lösungen gefunden werden. Daher ist es zu begrüßen, dass im Rahmen der Fördermaßnahme Städte, Gemeinden und Landkreise aktiv als Forschungspartner und im Schulterschluss mit wissenschaftlichen Einrichtungen, Vereinen und Unternehmen an neuen Lösungen für die Zukunft arbeiten.

An insgesamt 30 Forschungsvorhaben haben sich kleinere Gemeinden ebenso wie größere Städte beteiligt. Diese Projekte haben ihre Arbeiten nun abgeschlossen und stellen ihre Ergebnisse auch für andere Kommunen bereit. Gerade die Darstellung guter Praxisbeispiele ist ein wichtiges Instrument, um für innovative Entwicklungen auch in anderen Kommunen zu werben.

Die Themenliste ist hierbei lang: sie reicht von Mobilität, der Entwicklung grüner Infrastrukturen, Formen der interkommunalen Zusammenarbeit, der Bildung neuer Kooperationen und Netzwerke bis hin zur Stärkung der Innenstädte und Ortskerne. Gerade Letzteres ist ein wichtiges Anliegen, denn die Zukunft der Innenstädte und Ortskerne steht – nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie – zunehmend auf dem Spiel. Innenstädte und Ortskerne sind die Visitenkarte einer Kommune. Ziel muss es daher sein, Innenstädte und Ortskerne als Orte der Nutzungsvielfalt, Kommunikation und Lebensqualität zu erhalten und weiter zu stärken. Hierzu ist es erforderlich, unter Beachtung vorhandener Innenentwicklungspotentiale gemeinsam mit allen Innenstadtakteuren und der Bürgerschaft kreative Konzepte zu entwickeln.

Die vorliegende Dokumentation, die gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) sowie dem BMBF erstellt wurde, zeigt insoweit spannende Handlungsansätze auf. Sie präsentiert die Ergebnisse aktueller Forschungsprojekte, die Städte und Gemeinden beim Umgang mit den Auswirkungen des demografischen Wandels unterstützen können. Hierbei wird deutlich, dass es vielfach keiner neuer Planungsinstrumente und Regelungen, sondern vielmehr der Kreativität und Innovation beim Einsatz dieser Instrumente bedarf. Die Dokumentation ist damit eine wertvolle Hilfestellung für die kommunale Praxis.

Berlin, im November 2020



Dr. Gerd Landsberg



*Dr. Gerd Landsberg,
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städte-
und Gemeindebundes*

VORWORT DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG



*MinDirig'in Oda Keppler,
Bundesministerium für
Bildung und Forschung,
Bonn*

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wichtige Entscheidungen für eine nachhaltige Entwicklung werden auf kommunaler Ebene getroffen. Mit der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Kontext des Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltige Entwicklung“ (FONA) im Jahr 2016 daher eine Initiative gestartet, um kommunale Entscheider in die Gestaltung von Forschung, Entwicklung und Innovation miteinzubeziehen.

Städte, Gemeinden und Landkreise waren aufgerufen, aktiv als Forschungspartner und im Schulterschluss mit wissenschaftlichen Einrichtungen, Unternehmen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen an neuen Lösungen für die Zukunft zu arbeiten. Zentral hierbei war es, Kommunen im demografischen und strukturellen Wandel neue Perspektiven zu eröffnen und diese Veränderungsprozesse mit den Zielen der Nachhaltigkeit zu verknüpfen.

An insgesamt 30 Forschungsvorhaben haben sich Gemeinden aus dem ländlichen Raum, Kleinstädte ebenso wie größere Städte und Metropolregionen beteiligt. Beforscht wurde eine sehr große Bandbreite an Themen, wie zum Beispiel Daseinsvorsorge, neue Finanzierungsmodelle für die Ortsinnenentwicklung oder interkommunale Zusammenarbeit. Die 30 Projekte haben ihre Arbeiten nun abgeschlossen und stellen ihre Ergebnisse und Erfahrungen auch für andere Kommunen bereit.

Das BMBF verbindet eine lange Tradition der Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden. Es freut mich daher sehr, dass der Deutsche Städte- und Gemeindebund mit dieser Dokumentation die vielfältigen Ergebnisse aus der Förderinitiative „Kommunen innovativ“ einem breiteren Publikum zugänglich macht. Die entwickelten Ansätze sind nicht nur ein Erfolg für die Projektpartner, sondern können darüber hinaus bundesweit als Vorbild für andere Gemeinden dienen.

Kommunen als Initiatoren, Partner und Adressaten von Forschung und Innovation – dieses Erfolgsmodell unterstützt das BMBF auch weiterhin. „Gesellschaft und Wirtschaft weiterentwickeln – Gut leben im ganzen Land“ ist deshalb ein zentrales Ziel der neuen FONA-Strategie – Forschung für Nachhaltigkeit, die noch in diesem Jahr veröffentlicht wird. Auch in Zukunft wollen wir mit unserer Forschungsförderung regionale Potenziale aktivieren und so nachhaltige Perspektiven für Stadt und Land schaffen.

Bonn, im November 2020

MinDirig'in Oda Keppler

VORWORT DES DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR URBANISTIK

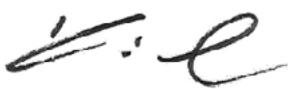
Der demografische Wandel verändert Städte, Gemeinden und Regionen. Die Menschen werden älter, die Bevölkerung wird durch Zuwanderung vielfältiger. Insgesamt werden in Deutschland weniger Menschen leben – das aber räumlich sehr ungleich verteilt. Wachsende Städte und Regionen stehen schrumpfenden gegenüber. Regional differenzierte Entwicklungen verursachen unterschiedliche Probleme und erfordern lokal angepasste Lösungen. Gemeinsam ist ihnen dabei: Vertraute Prinzipien, bewährte Konzepte, langjährige Handlungsroutinen und eingespielte Partnerschaften greifen oft nicht mehr. Die neuen Aufgaben machen es erforderlich, alternative Wege einzuschlagen, Experimente zu wagen, innovative Ansätze zu erproben und neue Kooperationen einzugehen.

Mit der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Städte, Gemeinden und Landkreise seit 2016 dabei, neue Wege einer nachhaltigen, demografiefesten und zukunftsfähigen Entwicklung zu gehen. In Kooperation mit Wissenschaft, Wirtschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bürger*innen suchten Kommunen nach neuen Konzepten, Modellen und Instrumenten, mit denen die räumlichen Auswirkungen des demografischen Wandels mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland gestaltet werden können: Wie können Stadt- und Ortskerne (wieder)belebt und weiterentwickelt werden? Wie sichern Kommunen ihre technische, soziale und kulturelle Infrastruktur und passen sie langfristig an die veränderten Anforderungen an? Wie können Angebote der Daseinsvorsorge mit neuen Partnern langfristig finanziert werden? Wie können Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen einbringen und ihre Städte und Gemeinden aktiv mitgestalten?

Dies sind nur einige der Fragen, denen sich die geförderten 30 Verbundvorhaben stellen. Zusammen mit Wissenschaft, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen konzipierten und erprobten die beteiligten Kommunen vor Ort übertragbare Ansätze, die auch für andere Kommunen relevant sind.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) freut sich, „Kommunen innovativ“ wissenschaftlich zu begleiten. Gemeinsam mit dem Kooperationspartner Raum & Energie ist das Difu zuständig für die Vernetzung der Projekte, die Öffentlichkeitsarbeit und den Wissens- und Ergebnistransfer. Diese DStGB-Dokumentation ist dabei ein wichtiger Baustein. Sie gibt einen umfassenden Überblick über die Fördermaßnahme und stellt ausgewählte Ergebnisse vor, die, so unser Wunsch, der kommunalen Praxis hilfreiche Ideen und Anregungen für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung geben. Ich lade Sie herzlich ein, sich von den bisherigen Ergebnissen aus „Kommunen innovativ“ inspirieren zu lassen und sie – soweit möglich – zu nutzen.

Berlin, im November 2020



Carsten Kühl



Carsten Kühl, Geschäftsführer und wissenschaftlichen Direktor des Deutschen Instituts für Urbanistik



Heute das Morgen gestalten: Herausforderung für zukunftsfähige Kommunen

Die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung der Regionen, Städte und Gemeinden beeinflussen ebenso wie die Auswirkungen des demografischen Wandels, wie gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen von der wachsenden sozialen Spaltung bis zur Digitalisierung die Entwicklung der Städte und Gemeinden und wirken sich auf das Leben und Arbeiten heute und in Zukunft aus.

Nachhaltigkeit: global denken – lokal handeln

Der Umgang mit globalen Entwicklungspfaden wie dem Klimawandel und der Endlichkeit natürlicher Ressourcen erfolgt auf lokaler und regionaler Ebene. Städte, Gemeinden und Regionen entwickeln lokal angepasste Lösungen, um auf diese veränderten – sukzessive komplexeren – Rahmenbedingungen zu reagieren. Seit dem Jahr 2002 werden in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wichtige Eckpfeiler für eine nachhaltige Entwicklung kontinuierlich fortgeschrieben. Für die Kommunen bedeutet dies, ein breites Aufgabenspektrum zu bewältigen, das vom Umgang mit Extremwetterereignissen (Hochwasser, Hitze, Stürme) über die Entwicklung langfristiger klimaangepasster Bau- und Planungsprojekte bis zum sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Wasser und Boden reicht. Es impliziert aber genauso eine Auseinandersetzung mit sozialen Veränderungen, u.a. Pluralisierung und Individualisierung von Wohn- und Lebensformen, soziale Ungleichheiten und ökonomischen Veränderungen wie die Privatisierung öffentlicher Güter und Aufgaben, knappe kommunale Haushalte und Digitalisierung. Nachhaltigkeit bedeutet dabei immer auch, die Zukunft mit Visionen, Fantasie und Kreativität zu gestalten und unbekannte Wege zu erkunden.

Der demografische Wandel: weniger, älter und diverser

Hinzu kommen Erfordernisse, die sich aus der gleichfalls zunehmenden Veränderung der Bevölkerungsstruktur ergeben. Trotz der aktuellen Zuwanderung aus dem Ausland gehen die langfristigen Prognosen weiterhin von einer bundesweiten Abnahme der Bevölkerungszahl aus. Bis zum Jahr 2060 wird ein Rückgang von aktuell 83,2 Millionen auf rund 74,4 Millionen Menschen bei schwächerer Zuwanderung bzw. bei moderater Zuwanderung auf rund 78,2 Millionen erwartet (Statistisches Bundesamt 2019). Die Bevölkerung

wird jedoch nicht nur weniger, sie wird auch älter. 2060 werden voraussichtlich nur noch 16 Prozent der Bevölkerung unter 19 Jahre alt sein, während die Altersgruppe über 67 Jahre 2060 voraussichtlich 30 Prozent betragen wird (ebenda). Das Bild der Städte und Gemeinden wird sich deutlich wandeln, ihre Bewohner*innen werden weniger, älter und durch Zuwanderung vielfältiger.

Zunehmende regionale Disparitäten

Die Entwicklungen betreffen die Städte und Regionen in unterschiedlichem Maß. Die innerhalb Deutschlands bestehenden Unterschiede in den Lebensverhältnissen, u.a. bei den regionalen Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten, dem Zugang zu Mobilität und zu Angeboten der Daseinsvorsorge, werden durch die demografische Entwicklung noch verstärkt. Zumeist profitieren eher die städtischen und strukturstärkeren Regionen von den Folgen des demografischen Wandels, sind doch sie es, die für viele Bevölkerungsgruppen attraktiv erscheinen und in die qualifizierte Menschen aus dem In- und Ausland zuziehen. Gerade jüngere Menschen wandern für die Ausbildung, das Studium oder den Arbeitsplatz in Richtung der Städte.

Andere Regionen, vor allem dünn besiedelte ländliche und strukturschwache, sehen sich im Unterschied dazu einem wachsenden Verlust der Bevölkerung gegenüber. Hier gilt es, mit dem Wegzug jüngerer, oft gut ausgebildeter Menschen, leerstehenden Wohn- und Einzelhandelsflächen oder aber teils ungenügender Auslastung sozialer Einrichtungen umzugehen. Denn mit dem Wandel der Bevölkerungsstruktur verändern sich auch die Ansprüche und Bedarfe an soziale und technische Infrastrukturen. Erforderlich wird eine Anpassung an die veränderten Bedingungen. Der damit verbundene Um- oder Neubau ist aufwändig und teuer, was zu erheblichen finanziellen Belastungen für die ohnehin bereits finanzschwachen Kommunen führt. Vom Bevölkerungsrückgang betroffene Gemeinden geraten dabei an ihre Grenzen und müssen in letzter Konsequenz Angebote reduzieren oder gar schließen.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden zuerst in den Zentren und Ortskernen der betroffenen Kommunen sichtbar. Veränderte Konsumgewohnheiten einer gleichzeitig geringer werdenden Bevölkerung sowie die



langjährige Konzentration von Einzelhandels- und Gewerbestandorten an den Ortsrändern führen zu einer verringerten Attraktivität der zentralen Ortslagen. Der Bäcker schließt, die Ärztin findet keine Nachfolge, die Besucher*innen in der Bücherei reichen nicht mehr aus, um den Betrieb aufrechtzuerhalten; wenn sich keine neuen Nutzungen für diese Einrichtungen finden, folgt Leerstand, und eine nur schwer aufzuhaltende Abwärtsspirale beginnt. Die Verödung der Ortsmitte verändert gleichzeitig die Mobilität. Kurze fußläufige Wege in den Ortskern werden durch Pkw-Fahrten zum nächsten Einkaufszentrum oder zum Arzt in der Kreisstadt ersetzt. Bestehende ÖV-Angebote können den veränderten Anforderungen (weniger flexibler, weiträumiger) nicht mehr gerecht werden. Eine entscheidende Stellschraube für die Sicherung der Lebensqualität vor Ort und damit der Zukunftsfähigkeit der Kommunen sind das vorhandene Angebot und die Qualität der Daseinsvorsorge. Soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Gemeinschaftshäuser an gut erreichbaren Standorten sind unverzichtbar – ebenso wie eine an veränderte Anforderungen angepasste technische Infrastruktur.

Die Bundesregierung reagierte auf diese ungleichen Entwicklungen im Jahr 2018 mit der Einrichtung der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, die sich mit Möglichkeiten und Ansätzen gleichwertiger Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für die Menschen vor Ort befasste und erste Lösungswege erarbeitete.

So unterschiedlich die Anpassungs- und Veränderungsbedarfe in den verschiedenen Handlungsfeldern wie Wohnen, Daseinsvorsorge oder Mobilität und in den Regionen sind, so ist ihnen doch eines gemeinsam: bisherige Handlungsprinzipien, Strategien, Konzepte und Instrumente greifen vielerorts nicht mehr. Um die räumlichen Auswirkungen des demografischen Wandels mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland zu gestalten und die Funktionsfähigkeit und Lebensqualität in den Städten, Gemeinden und Regionen zu erhalten, müssen neue Wege gefunden werden.

Neue Wege – neue Kooperationen

Die genannten Herausforderungen und stetig komplexeren Rahmenbedingungen, mit denen Städte und Gemeinden sich auseinandersetzen müssen, können angesichts der dort

vorhandenen Ressourcen nicht mehr alleine von Verwaltung und Politik bewältigt werden. Notwendig sind neue Kooperationen mit der Zivilgesellschaft, den Bürger*innen und der Wirtschaft, die ihr Wissen und Know-how, aber auch neue Ideen einbringen, damit Kommunen auf der regionalen und lokalen Ebene handlungsfähig bleiben. Die dafür notwendigen Spielräume, ob gedanklicher, personeller oder finanzieller Art, sind gerade in den vom demografischen Wandel stark betroffenen Städten und Gemeinden kaum vorhanden, so dass auch erste Impulse nur schwer zu dauerhaften Veränderungen führen.

In vielen Städten und Gemeinden rücken die gemeinsame Aushandlung von Themen rund um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit und die gemeinsame Gestaltung der Kommunen in den Mittelpunkt. Neue Instrumente, Methoden und Vorgehensweisen entstehen jedoch nicht über Nacht. Ob bzw. wie konkret sie auszugestaltet sind, gilt es zudem zunächst zu erproben.

Für Experimente und Probephasen brauchen die Kommunen Ressourcen – personelle als auch finanzielle, über die die von unterschiedlichen Dynamiken betroffenen Städte und Gemeinden oftmals nur begrenzt verfügen. Aus diesem Grund fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung seit 2016 die Erprobung innovativer Ansätze in den Kommunen. Ausgewählten Städten, Gemeinden und Regionen eröffnete dies neue Frei- und Experimentierräume, um Ideen für ihre zukunftsfähige Entwicklung zu erproben.

ZUM WEITERLESEN

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2019): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind. Berlin.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2015): Wachsen oder schrumpfen?, BBSR-Analysen KOMPAKT 12/2015. Bonn.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI); Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL); Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2019): Unser Plan für Deutschland. Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2016): Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Berlin.

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (Hrsg.) (2015): Schwarmstädte in Deutschland. Ursachen und Nachhaltigkeit der neuen Wandlungsmuster. Berlin.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2019): Bevölkerung im Wandel. Annahmen und Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

Die BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“: Kommunen und Wissenschaft entwickeln gemeinsam zukunftsorientierte Lösungen

Der demografische Wandel stellt Städte, Gemeinden und Regionen vor neue Herausforderungen. In einigen Kommunen wächst die Bevölkerung mehr oder weniger schnell, in anderen geht die Zahl der Einwohner*innen deutlich zurück. Dabei verändern sich unter anderem die Bedarfe an Wohnraum, an Infrastruktur, an Angeboten des öffentlichen Lebens. Wie kann angesichts dieses teilweise erheblichen Wandels Lebensqualität in den Städten und Gemeinden aufrechterhalten und gestaltet werden? Wie können sich Städte und Regionen zukunftsfähig und nachhaltig weiterentwickeln? Wer ist an diesen Prozessen zu beteiligen?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, eröffnete das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) von

2016 bis 2020 mit „Kommunen innovativ“ ausgewählten Städten und Regionen einen Frei- und Experimentierraum. In der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ entwickeln und erproben die Kommunen gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft in 30 Vorhaben innovative Lösungen, mit denen die räumlichen Auswirkungen des demografischen Wandels mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Stadt- und Regionalentwicklung gestaltet werden können. Insgesamt arbeiten 130 Kommunen in den Forschungsprojekten. Das Spektrum der beteiligten Kommunen ist groß und reicht von kleinen Gemeinden und Kleinstädten in peripheren Regionen über Landkreise an der Nordsee und dem Bayerischen Wald bis hin zu vom Struktur-

wandel betroffenen Großstädten (siehe Karte). Unterschiedlich sind auch die von ihnen übernommenen Aufgaben, die von der verantwortlichen Steuerung des Gesamtprozesses bis zu der Diskussion der Ergebnisse als assoziierte Partnerinnen reichen. Die Verbundvorhaben wurden mit zusammengekommen rund 20 Millionen Euro Fördermitteln ausgestattet. Die Fördermaßnahme ist Teil des BMBF-Rahmenprogramms Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA³) in der Leitinitiative Zukunftsstadt.

Themen und Projekte im Überblick

So vielfältig die Ausgangslagen der beteiligten Städte, Gemeinden und Regionen sind, so vielfältig sind die Fragestellungen und Themen, die im Förderzeitraum bearbeitet werden. Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie mit lokal angepassten Lösungsansätzen zu den bundespolitischen Zielen der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beitragen. Vier dieser Themen widmet sich diese Publikation ausführlicher:





Daseinsvorsorge sichern: Nicht nur ländliche Kommunen in strukturschwachen Regionen stehen vor der wachsenden Herausforderung, Quantität und Qualität der notwendigen technischen und sozialen Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu sichern und neuen Bedarfen anzupassen. Auch anderenorts müssen Städte und Gemeinden ihre Angebote angesichts sich verändernder Erfordernisse und fehlender Ressourcen neu ausrichten. „Kommunen innovativ“ befasst sich mit dafür notwendigen neuen Organisationsformen und Finanzierungsmöglichkeiten für kommunale Angebote der Daseinsvorsorge. Die Projekte entwickeln vielfältige Lösungen zur Neuausrichtung von Infrastrukturen am Beispiel der Mobilität, von Grün- und Freiflächen und sozialen Infrastrukturen.

Vielfalt leben: Zuwanderung und Integration gewinnen in den Städten und Gemeinden als kommunale Handlungsfelder weiter an Bedeutung. Dies betrifft auch strukturschwächere Regionen, für die angesichts zurückgehender Bevölkerungszahlen und unzureichend ausgelasteter kommunaler Einrichtungen der Zuzug neuer Bevölkerungsgruppen ein wichtiger Impuls sein kann. „Kommunen innovativ“ greift die mit einer vielfältigen Gesellschaft verbundenen Herausforderungen auf. Die Projekte befassen sich mit Ansätzen einer langfristigen Integration von geflüchteten Menschen in ländlichen Regionen sowie den Potenzialen migrantischer Ökonomie angesichts von Abwanderung und Fachkräftemangel.

Innen entwickeln: Auch wenn die Bevölkerungszahlen in einigen Regionen stagnieren oder zurückgehen, entstehen weiterhin an den Ortsrändern neue Gewerbestandorte oder Einfamilienhaussiedlungen. Diese Entwicklung geht zulasten der Ortskerne; Leerstand und Brachen prägen zunehmend das Bild. Dass es Alternativen zum Flächenverbrauch im Außenbereich gibt und wie diese umgesetzt werden können, zeigt „Kommunen innovativ“. Die Projekte entwickeln Ansätze, wie beispielsweise Eigentümer*innen und Bewohner*innen für Innentwicklung interessiert und in die Aufwertung der Ortskerne einbezogen werden können. Neue Finanzierungsinstrumente und Kooperationsformate bilden einen weiteren Schwerpunkt.

Allianzen bilden: In den Städten und Gemeinden reichen die vorhandenen Ressourcen nur noch selten aus, um die umfassenden kommunalen Aufgaben zu bewältigen. Neue Bündnisse und Kooperationen mit der Zivilgesellschaft, den Bürger*innen und der Wirtschaft sind notwendig, um handlungsfähig zu bleiben, neue Ideen und Lösungen zu entwickeln und Projekte gemeinschaftlich aufzubauen. Die Beteiligung der Bürger*innen ist dabei eine zentrale Schraube. In „Kommunen innovativ“ werden zielgruppenspezifische Ansätze erforscht und erprobt, um gemeinsam zukunftsfähige Kommunen zu gestalten. Die Projekte befassen sich mit Möglichkeiten, bürgerschaftliches Engagement einzubeziehen und zu unterstützen, gezielt „stille“ Bevölkerungsgruppen zu aktivieren sowie mit Organisationsformen, die kommunale und zivilgesellschaftliche Organisationen miteinander verzahnen.

Die Palette der in „Kommunen innovativ“ bearbeiteten Fragestellungen reicht jedoch weit über diese Themen hinaus (siehe auch www.kommunen-innovativ.de). Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Entwicklung von Finanzierungsinstrumenten, die von Fondslösungen über Genossenschaften bis zu neuen Ansätzen für kommunale Haushalte reichen. Erarbeitet werden zudem Lösungen für strukturschwache Regionen, um neue regionale Beschäftigungspotenziale durch den Ausbau von Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Einen besonderen Fokus bildet die Weiterentwicklung kommunaler und regionaler Datenpools, mit denen kommunale und regionale Entscheidungsprozesse verbessert werden können. Neben der Kooperation mit der Bürgerschaft und anderen Akteuren in den Kommunen richtet sich die Perspektive in „Kommunen innovativ“ in einigen Projekten auch auf interkommunale Lösungsansätze und die dafür notwendigen Organisationsmodelle.

Eine Besonderheit: Passgenaue Lösungen durch starke Kommunen

Mit der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ verfolgt das BMBF das Ziel, die Rolle der Kommunen als Initiatorinnen, Partnerinnen und Adressatinnen von Forschung,



Entwicklung und Innovation für eine nachhaltige, demografiefeste Entwicklung der Regionen in Deutschland zu stärken. Städte, Gemeinden und Regionen arbeiten in den Verbundvorhaben gleichberechtigt mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft; einige Projekte werden darüber hinaus von Kommunen geleitet. Die beteiligte Wissenschaft bringt Grundlagenwissen, methodische Kenntnisse und den externen Blick auf lokale Probleme in die Forschungsk Kooperation ein. Sie stößt Experimente an, begleitet die Vorhaben wissenschaftlich reflektierend und ordnet die Erfahrungen und Erkenntnisse in nationale und internationale Wissenschaft und Praxis ein. Den kommunalen Partnern kommt die Aufgabe zu, reichhaltiges Erfahrungswissen und Vor-Ort Kenntnisse beizusteuern, lokale Akteure und Netzwerke anzusprechen und zu integrieren und die Ergebnisse – nach Möglichkeit langfristig – zu implementieren. Gemeinsam begehen die Verbundpartnerinnen Neuland.

Die Kooperation eröffnete den mitwirkenden Städten, Gemeinden und Regionen bisher kaum vorhandene experimentelle Freiräume. Denn gute Ideen für eine zukunftsfähige Gestaltung von Regionen sollten nicht an Sachzwängen, knappen Ressourcen und Zeitmangel scheitern.

Kommunikation und Transfer

„Kommunen innovativ“ sucht nach neuen Lösungen für eine sich verändernde Welt. Genutzt werden können die Ergebnisse nur, wenn sie leicht verfügbar und gut verständlich sind. Kommunikation ist hierfür der Schlüssel. Begleitet wird „Kommunen innovativ“ deshalb von KomKomIn, dem wissenschaftlichen Begleitvorhaben, das sich unter anderem dem Transfer der Ergebnisse widmet. KomKomIn wird gemeinsam vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und dem Institut Raum & Energie, Wedel, durchgeführt.

Eine Aufgabe von KomKomIn ist es, die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch zwischen den Verbänden so zu organisieren, dass die für alle Beteiligten bedeutsamen Themen gemeinsam behandelt, diskutiert und möglichst viele Synergien mobilisiert werden. Da zwischen den „Kommunen innovativ“-Projekten vielfältige Berührungspunkte bestehen, kooperieren die Projekte parallel zur

Forschungsarbeit fortlaufend und tauschen sich fachlich aus. In vom Begleitvorhaben durchgeführten Workshops kommen sie zu Themen wie Forschungsmethoden, Kommunikation sowie zu Fragen der dauerhaften Umsetzung neuer Lösungen in der Praxis zusammen. Die Zusammenarbeit sorgt dafür, dass in der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ ein Netzwerk kommunaler und wissenschaftlicher Partner*innen entstanden ist – und somit weit mehr als 30 einzelne Verbundvorhaben.

KomKomIn entwickelte zudem eine Strategie für die Kommunikation der wichtigsten Forschungserkenntnisse in Praxis, Politik, Öffentlichkeit und Forschung und setzt diese Strategie um. Neben gezielter Öffentlichkeitsarbeit und der Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Fachveranstaltungen zählen der Dialog zwischen den Projekten, die Synthese der Projektergebnisse und die Unterstützung der Projekte beim Vermitteln ihrer Ergebnisse an unterschiedliche Zielgruppen zu den Kernaufgaben. Einen Weg des Ergebnistransfers bildet die vorliegende DStGB-Dokumentation.

Was Sie in dieser DStGB-Dokumentation erwartet

Diese DStGB-Dokumentation präsentiert Ergebnisse aktueller Forschungsprojekte, die Städte, Gemeinden und Regionen beim Umgang mit den Auswirkungen des demografischen Wandels unterstützen können. Die Broschüre bündelt Erkenntnisse aus der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), die 2021 nach vier Jahren Laufzeit zu Ende gehen wird.

Die Dokumentation stellt die aktuellen Herausforderungen für eine nachhaltige und zukunftsfeste kommunale Entwicklung dar und führt in die BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ ein. Vorgestellt werden ausgewählte Projekte und deren Erfahrungen und Ergebnisse zur Sicherung der Daseinsvorsorge, zur Integration von Zugewanderten, zur Innenentwicklung und zu Beteiligung und Kooperation. Weitere Ergebnisse und Produkte der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ werden auf der Webseite www.kommunen-innovativ.de vorgestellt.

Daseinsvorsorge sichern!

Kommunale Angebote und Einrichtungen mithilfe neuer Organisationsformen und Finanzierungsansätze aufrechterhalten

Die Folgen des demografischen Wandels – deutlicher Rückgang der Bevölkerungszahl bei gleichzeitig steigendem Anteil älterer Menschen sowie berufs- oder freizeitbedingte temporäre An- beziehungsweise Abwesenheiten von Teilen der Bevölkerung – stellen die kommunale Daseinsvorsorge und die Vorhaltung der notwendigen technischen und sozialen Infrastrukturen vor besondere Herausforderungen. Vor allem für ländlich geprägte Kommunen in strukturschwachen Regionen wird es zunehmend schwieriger, die notwendigen technischen und sozialen Einrichtungen aufrechtzuerhalten und sie neuen Bedarfen anzupassen. Aber auch anderswo stellen sich Städten und Gemeinden angesichts gewandelter Anforderungen und leerer Stadtkassen neue Herausforderungen: Welche Schulen und Bildungsangebote sollen zukünftigen Schüler*innengenerationen angeboten werden? Wie gestaltet sich die Versorgung mit Arztpraxen und Krankenhäusern? Wie soll die wachsende Nachfrage nach Pflege und Betreuung befriedigt werden? Wie kann vor allem in Tourismusgemeinden mit der saisonal schwankenden Nachfrage umgegangen werden? Aber auch die technische Infrastruktur steht vor neuen Aufgaben: Wie kann in peripheren Lagen die Ver- und Entsorgung langfristig gewährleistet werden? Und welche Mobilitätskonzepte und Verkehrsangebote sichern, dass Einrichtungen kommunaler Daseinsvorsorge in Zukunft auch für nicht automobilen Menschen erreichbar sind?

Die Sicherung der Daseinsvorsorge und entsprechender öffentlicher Dienstleistungen ist ein Thema der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“. Mit Verweis auf den Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Förderung der Lebensqualität vor Ort befassen sich die Projekte mit zukunftsweisenden Organisationsformen für kommunale Angebote und entwickeln innovative Lösungen zur Neuausrichtung von Infrastrukturen und Leistungsangeboten an die heutigen und zukünftigen Bedürfnisse. Sie beschäftigen sich unter anderem mit neuen Mobilitätskonzepten und regional angepassten Beförderungsangeboten, mit nachhaltigen Ansätzen für Grün- und Freiflächen, mit Organisationsmodellen für soziale Einrichtungen und Stadtteilzentren sowie mit den dafür notwendigen Datengrundlagen und datenbasierten Planungsprozessen.

Da in den Städten und Gemeinden die Ressourcen endlich, das Wissen begrenzt und die Spielräume eng sind, wird die Zukunft in einer kooperativen Entwicklung und Verantwortung von regional angepassten Angeboten der Daseinsvorsorge gesehen. Eine erste Perspektive der Kooperation stellt die Zusammenarbeit von Kommunen zur gemeinsamen Erbringung von öffentlichen Leistungen in den Mittelpunkt. Erprobt werden interkommunale Organisationsmodelle, mit denen trotz finanzieller Einschränkungen Leistungen qualitativ oder quantitativ erhalten werden können. Interkommunale Kooperation in der Daseinsvorsorge bedeutet, dass sich die kooperierenden Kommunen entlasten, unterstützen und gemeinsam die Region strategisch entwickeln. Eine zweite Perspektive richtet den Blick auf die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den Einbezug bürgerschaftlichen Engagements. Nachgegangen wird der Frage, welche Formen kommunaler Daseinsvorsorge in langfristiger Kooperation von öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft organisiert werden können. In „Kommunen innovativ“ werden unter anderem neue Trägermodelle, Rechtsformen und Mustersatzungen ebenso wie Organisationsmodelle an den Schnittstellen zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen, zwischen öffentlichen Trägern und organisiertem bürgerschaftlichem Engagement entwickelt. Eng verknüpft mit der Frage nach der Organisation ist die zukünftige Finanzierung von Infrastruktur. In den Projekten geht es um neue Finanzierungsquellen und -instrumente, wie beispielsweise kommunale Fonds oder Bürgergenossenschaften.

Vor dem Hintergrund der konkreten Auswirkungen des demografischen Wandels und den spezifischen Bedürfnissen vor Ort tragen alle „Kommunen innovativ“-Projekte zur Diskussion über Möglichkeiten, Prioritäten und Grenzen der kommunalen Daseinsvorsorge bei.

Digitale Werkzeuge für ein kleinräumiges Demografie-Monitoring und Bevölkerungsprognosen

WEBWiKo – Werkzeuge und Methoden zur Erstellung kleinräumiger Bevölkerungsprognosen und Wirkungsszenarien in der interkommunalen Kooperation

Projektbeteiligte: Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V., ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, OFFIS – Institut für Informatik e.V., regio gmbh – Institut für Regionalentwicklung und Informationssysteme, Statistisches Landesamt Bremen

Laufzeit: 01.04.2017 – 31.01.2020

Bundesländer: Niedersachsen und Bremen

Internetseite: <https://webwiko.regio-gmbh.de>

Kommunaler Bedarf an kleinräumigen Bevölkerungsdaten

In den meisten kommunalen Planungsprozessen, wie zum Beispiel der Kindertagesstättenplanung, der Schulplanung oder der Siedlungsplanung, spielt die Bevölkerungsentwicklung eine entscheidende Rolle. In vielen Kommunen liegen die erforderlichen Informationen dazu aber nicht direkt vor. Die Daten werden bislang einzeln bei den Einwohnermeldeämtern angefragt und mühsam aufbereitet. Eine Bevölkerungsprognose ist entweder gar nicht oder auf einem veralteten Stand vorhanden. Zusätzlich sind oftmals keine Informationen über die Planungen und Entwicklungen in den Nachbarkommunen vorhanden. Um frühzeitig auf demografische Entwicklungen reagieren zu können, steigt in den Kommunen der Bedarf an verlässlichen und kleinräumigen Bevölkerungsdaten, die als belastbare Entscheidungsgrundlage für die Planung dienen können.

WEBWiKo Demografie-Toolbox

Um die nötigen Daten zur Bevölkerungsentwicklung für die kommunalen Planungsentscheidungen bereitzustellen und zudem die zugehörigen Arbeitsprozesse in den Kommunen zu vereinfachen, wurde im Projekt WEBWiKo die Demografie-Toolbox entwickelt. Ein digitales Werkzeug sorgt zunächst für die datenschutzkonforme Aggregation und Anonymisierung der Personendaten aus dem Einwohnermeldewesen. Auf der Basis wird eine kleinräumige Bevölkerungsprognose automatisiert berechnet. Die in die Prognoserechnung einfließenden Annahmen und Einstellungen werden vorab zentral festgelegt. Für die Auswertung und Analyse der Daten zur Bevölkerungsentwicklung wird den kommunalen Mitarbeitern eine leicht zu bedienende, interaktive Anwendung (Demografie-Dashboard) angeboten.

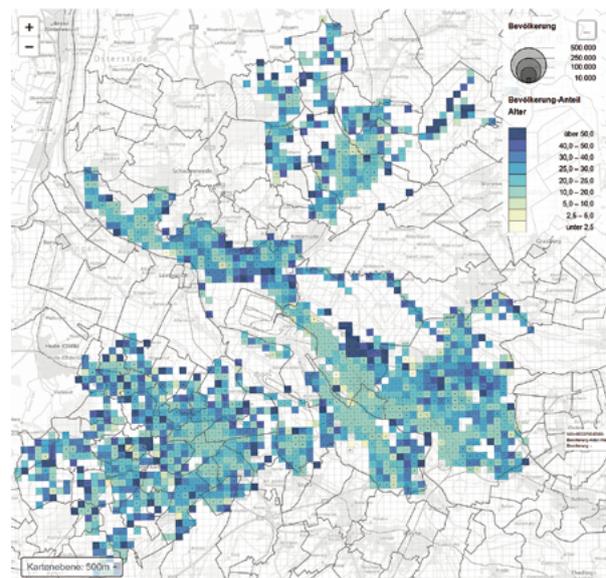
Das Besondere an dem Ansatz: Die Demografie-Toolbox ist so konzipiert, dass sie von mehreren Kommunen in einer Region genutzt werden kann. So wird die regionale Zusammenarbeit verbessert, und aufwändige Datentransfers zwischen den Einrichtungen entfallen. Innerhalb der betrachteten Region werden zudem die Wanderungsbewegungen kleinräumig erfasst und über ein Dashboard anschaulich präsentiert. Eine weitere Besonderheit der Toolbox ist neben der üblichen kleinräumigen Betrachtung von Stadt- oder Ortsteilen die Gliederung in flächengleiche Rasterzellen (minimal 500 m-Raster). Hierdurch ergibt sich ein weitaus detaillierteres Bild der räumlichen Bevölkerungsverteilung, das die Planungsgrundlagen verbessert. Mit der Demografie-Toolbox gelingt eine jährliche Aktualisierung des Monitorings und der Prognose ohne großen Arbeitsaufwand. Planungen können so fortlaufend mit aktuellen Entwicklungen abgeglichen werden.

Von der Forschung in die Praxis

Im WEBWiKo-Projekt erprobten vier Praxiskommunen aus der Region Bremen die Demografie-Toolbox, sie hoben den großen Nutzen für die kommunalen Planungsprozesse hervor. Nach Projektende sollen die Werkzeuge in allen Mitgliedskommunen des Kommunalverbunds Niedersachsen/Bremen eingeführt werden. Von dem Projektpartner regio gmbh werden die Werkzeuge so weiterentwickelt, dass sie auch außerhalb der Region Bremen eingesetzt werden können.

Bevölkerung nach Alter

Anteil der Altersgruppe und Bevölkerungsverteilung | Gesamtprognose - mittleres Szenario, 2019, 65- <85, >=85
Klicken Sie in die Karte, um ein Gebiet auszuwählen. Halten Sie dabei die Strg-Taste gedrückt, um weitere Gebiete an- oder abzuzählen.





Grüne Infrastruktur gemeinsam entwickeln

Daseinsvorsorge Grüne Infrastruktur

Grüne Infrastruktur ist eine immer wichtigere Form der Daseinsvorsorge für lebenswerte Städte und die Anpassung an den Klimawandel. Doch wer übernimmt die Verantwortung für den Erhalt und die Unterhaltung von Grünzügen in der Stadtlandschaft? Im Reallabor Grünzug Östliches Emschertal haben die Projektpartner aus Wissenschaft und Praxis gemeinsam Modellprojekte für die CoProduktion von Grün in der Stadt entwickelt.

Co-Produktion: Gemeinsame Verantwortung initiieren

Co-Produktion überwindet die klassische Arbeitsteilung zwischen Konsument und Produzent. Für einen Grünzug bedeutet dies, dass die Nutzer*innen der Landschaft an deren Gestaltung und Unterhaltung mitarbeiten. So wird ein Grünzug vom Planungsinstrument zum Gemeinschaftsprojekt.

In der Modellregion aktivierten die Projektpartner Akteure, die zwar im selben Raum leben und arbeiten, bisher aber keine Berührungspunkte hatten. In Projektveranstaltungen (unter anderem Ideenbörse, Projektbörse und Workshops) entwickelten die Akteure neue Ideen für den Grünzug und bildeten Projektteams. Die Forschungspartner unterstützten die Teams bei der Konzeption, unter anderem bei betriebswirtschaftlichen, baulichen und organisatorischen Fragen.

Modellprojekte setzen Co-Produktion um

Dieser Prozess mündete in zehn Modellprojekten. Kommunen, Landwirte, urbane Gärtner, Stadtteilvereine, Sozialträger und andere Akteure setzen diese nun um. Einige Beispiele:

Die Route der Agrarkultur war die Idee eines Dortmunder Vereins. Landwirte öffnen ihre Höfe, geben Einblicke in ihre Arbeit und zeigen, welche Bedeutung sie für den Grünzug haben. Umgekehrt kommen sie mit Verbraucher*innen

CoProGrün – Co-produzierte Grünzüge als nachhaltige kommunale Infrastruktur

Projektbeteiligte: RWTH Aachen University, Lehrstuhl und Institut für Landschaftsarchitektur, Regionalverband Ruhr, Fachhochschule Südwestfalen, Fachbereich Agrarwirtschaft in Soest, in Zusammenarbeit mit: die urbanisten e.V. und Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Geschäftsbereich 2 – Standortentwicklung, Ländlicher Raum

Laufzeit: 01.06.2016 – 30.11.2019
 Bundesland: Nordrhein-Westfalen
 Internetseite: www.coprogruen.de

in Kontakt und können ihre Produkte direkt vermarkten. Ein durch CoProGrün erweitertes Netzwerk für die lokale Vermarktung von Produkten aus dem Grünzug über eine Food Assembly verfolgt ähnliche Ziele in der Intensivierung der Stadt-Land-Beziehungen.

In der Dortmunder Nordstadt betreiben Senior*innen, Besucher*innen und Angestellte des Sozialen Zentrums gemeinsam mit Klient*innen einer Suchtberatungsstelle den neuen „Garten für Alle“ – einen Treffpunkt für Austausch und Begegnung verschiedener Menschen. So wirkt der Garten nicht nur für das Soziale Zentrum, sondern für das gesamte Viertel.

Um Biodiversität im Grünzug zu fördern, wurden in einem weiteren Projekt eine Anleitung für die Anlage von Insektenweiden und eine Plattform zur Kartierung, Nutzung und Pflege von Streuobstwiesen erarbeitet.

Die Modellprojekte zeigen, wie Grüne Infrastruktur coproduziert und Verantwortung auf mehrere Schultern verteilt werden können. Dies erfordert ein neues Denken bei allen Beteiligten und neue Formen der Zusammenarbeit.

Kommunen auf dem Weg zur Co-Produktion

Die online verfügbaren Machbarkeitsstudien präsentieren Tools und Methoden, mit denen in anderen Kommunen ähnliche Projekte durchgeführt werden können. Die Erfahrungen beim Aufbau von Gemeinschaftsgärten sind im Leitfaden „Gemeinschaftsgärten – wer macht mit?“ zusammengefasst. Eine Orientierungshilfe auf dem Weg zur Co-Produktion Grüner Infrastruktur bietet der ebenfalls online verfügbare Instrumentenbaukasten.



Kooperationen von Kommunen sichern Lebensqualität im ländlichen Raum

LebensWert – Lebenswerte Kleinstädte im demografischen Wandel – Lebensqualität erhalten durch ein sektorenübergreifendes interkommunales Entwicklungsmanagement

Projektbeteiligte: Kreisstadt Eschwege, ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), COOPERATIVE Infrastruktur und Umwelt, weitere Kommunen des Werra-Meißner-Kreises

Laufzeit: 01.06.2016 – 31.07.2019

Bundesland: Hessen

Internetseite: <https://daseinsvorsorge-kooperation.difu.de/>

Vielfältige Herausforderungen für die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen

Im demografischen Wandel haben Kommunen vielfältige Herausforderungen in der Daseinsvorsorge zu bewältigen. Wenn Wohnungsleerstände das Gesicht einer Gemeinde ebenso prägen wie fehlende Einkaufsmöglichkeiten und ein wenig attraktiver Nahraum, dann hat das negative Auswirkungen auf die Lebensqualität. Auch die technische Infrastruktur steht vor Herausforderungen, wenn akzeptable Preise und eine gleichbleibend hohe Qualität nur schwerlich zu gewährleisten sind, wie zum Beispiel in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Dies betrifft nicht nur einzelne Gemeinden, sondern oftmals eine gesamte Region und mehrere Bereiche der Daseinsvorsorge. Vermehrt sind Lösungen gefragt, bei denen Kommunen zusammenarbeiten und Politikfelder überwunden werden.

Strukturen für die interkommunale strategische Entwicklung schaffen

Ziel des Projekts war es, ein regionales Entwicklungsmanagement zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu erarbeiten. Wie bereits bestehende Ansätze interkommunaler Kooperation gestärkt und optimiert werden können, indem

organisatorische Strukturen etabliert und auf regionaler Ebene weiterentwickelt werden, stand dabei im Mittelpunkt. Durch ein abgestimmtes Handeln können Herausforderungen beim Erhalt der Daseinsvorsorge strategisch angegangen werden.

Neue Formen des Austauschs und der Gestaltung von Prozessen ermöglichen

In den Handlungsfeldern Wasser, Wohnen und Nahraum erprobten die Beteiligten Austauschformate und entwickelten gemeinsame Ansätze oder Prozesse. Diese zielten darauf ab, für anstehende Probleme gemeinsame Lösungen zu diskutieren und erarbeiten, wie die Umsetzung neuer Regularien in der Siedlungswasserwirtschaft, der Umgang mit Gebäudeleerstand oder der Wandel der Nahversorgung. Dabei wurde deutlich, dass die Entscheidungsträger*innen den intersektoralen und -kommunalen Austausch ihrer Mitarbeiter*innen explizit unterstützen müssen, um Effizienz und mehr Augenhöhe in der Zusammenarbeit zu erreichen.

Um notwendige Versorgungsleistungen weiterhin gewährleisten zu können, empfiehlt das Forschungsteam, die Zusammenarbeit von Kommunen auszubauen, um vor allem Akteure in kleinen Kommunen im Alltag in ihren vielfältigen praktischen Aufgaben der Daseinsvorsorge zu entlasten. Dafür bedarf es Anlässe für den Blick auf strategische Fragen. Häufig sind Entscheidungsträger*innen mit sehr dringlichen Aufgaben im Alltagsgeschäft konfrontiert. Momente, sich mit Abstand den strategischen Zukunftsfragen der Gemeinde zu widmen, sind selten. Diese wären aber wichtig, um Kommunen in einer Region gemeinsam zukunftsfähig zu machen. Hier leisten strategische Austauschformate einen wichtigen Beitrag.

In einem Leitfaden sind diese Aktivitäten für andere Kommunen zusammengefasst. Die Vorschläge für das regionale Entwicklungsmanagement umfassen sowohl handlungsfeldübergreifende, koordinierende und strategisch ausgerichtete als auch handlungsfeldbezogene und operative Aktivitäten.



KOMOBIL2035 – Koordinierung von Haupt- und Ehrenamt in ländlichen Räumen am Beispiel der Koproduktion von Mobilitätsdienstleistungen

Projektbeteiligte: Regionalverband Ostwürttemberg, Gemeinde Rainau, Landkreis Heidenheim, Landkreis Ostalbkreis, nexus GmbH, NVBW Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, pakora.net – Netzwerk für Stadt und Raum, Philipps-Universität Marburg

Laufzeit: 01.05.2017 – 29.02.2020

Bundesland: Baden-Württemberg

Internetseite: www.komobil.de

Gemeinsam unterwegs in die Zukunft

Kommunale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum

Die Folgen des demografischen und sozioökonomischen Wandels erschweren die Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Dies zeigt sich besonders in peripheren und dünn besiedelten Gemeinden. Mobilitätseingeschränkte und nicht-automobile Menschen können Einrichtungen der Grundversorgung, wie Haus- und Fachärzte, Apotheken, Physiotherapeuten oder Bäckereien und Lebensmittelgeschäfte, nur schwer erreichen. Für die Attraktivität und Lebensqualität einer Kommune ist es aber essenziell, die Erreichbarkeit öffentlicher und sozialer Einrichtungen für alle Teile der Bevölkerung sicherzustellen. Daher verfolgte das Projekt „KOMOBIL2035“ das Ziel, über die Verknüpfung von Ehren- und Hauptamt die Bereitstellung von Angeboten der Daseinsvorsorge, insbesondere im Bereich der Mobilität, zu verbessern.

Ehrenamtsbasierte Mobilitätsangebote

Ländliche Kommunen sind zunehmend darauf angewiesen, die Ressource „Ehrenamt“ zu nutzen, um Angebote der Daseinsvorsorge weiterhin flächendeckend sicherzustellen. Bereits heute ist ehrenamtliches Engagement unverzichtbar, um Mobilitätsangebote, wie Bürgerbusse und soziale Fahrdienste, zu betreiben. In der Modellregion Ostwürttemberg engagieren sich über 400 Ehrenamtliche in den Gemeinschaftsverkehren. Ihre Motive sind ebenso vielfältig wie die Aufgaben, die sie übernehmen. Letztere reichen von der Freiwilligenrekrutierung bis hin zur „Seelsorge“ für die Fahrgäste.

Hauptamtliche Kümmerer

Die kommunale Verwaltung ist für Engagierte eine wichtige Anlaufstelle bei Fragen und Unterstützungsbedarfen rund um das Thema Ehrenamt. Die Kümmerer übernehmen zum



Beispiel Öffentlichkeits- und Verwaltungsarbeit, die Organisation von Räumlichkeiten und Fördermitteln und entlasten damit die Freiwilligen. Die Erfahrungen aus dem Projekt zeigen, dass es solche Kümmerer braucht, um die ehrenamtlichen Initiativen zu beraten und zu begleiten.

Um ehrenamtsbasierte Mobilitätslösungen langfristig zu stärken, wurde ein regionales Kompetenzzentrum für Mobilität und Verkehr beim Regionalverband Ostwürttemberg aufgebaut. Hier werden lokale Mobilitätsinitiativen bei der Konzeption sowie dem Auf- und Ausbau der Mobilitätsangebote fachlich beraten.

Übertragbarkeit und Transfer

Die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements im Bereich der Mobilität kann die Lebensqualität in ländlichen Kommunen befördern. Das zeigen die Erkenntnisse aus „KOMOBIL2035“, die online veröffentlicht und somit für Städte und Gemeinden bundesweit zugänglich sind. Auf dem Informationsportal www.gemeinschaftsverkehr-bw.de sind weiterführende Informationen zu Formen, Beratung und Förderung von Gemeinschaftsverkehren aufbereitet.



Bürgermeister-Interview mit Alexander Heppe, Kreisstadt Eschwege

Alexander Heppe, verheiratet, Vater von zwei Söhnen, ist seit 2009 Bürgermeister der Kreisstadt Eschwege. Er hat in Eschwege sein Abitur abgelegt und in Göttingen Rechtswissenschaften studiert. Als Vorsitzender der AG Nord und Mitglied des Präsidiums des Hessischen Städtetages vertritt er die Interessen der hessischen Städte im ländlichen Raum. Er ist Aufsichtsrat der Stadtwerke Eschwege GmbH und begleitet Aufsichtsratsmandate in der kommunalen Versicherungswirtschaft und in sozialen Einrichtungen.

Herr Heppe, Sie sind Bürgermeister der Kreisstadt Eschwege, wie macht sich der demografische Wandel in der Stadt bemerkbar?

Der demografische Wandel in Eschwege und Umgebung zeigt sich im anhaltenden Sterbeüberschuss. Durch eine gute Familienpolitik, Wirtschaftsförderung und das Nutzen von Fördermöglichkeiten konnten wir Eschwege so attraktiv gestalten, dass viele Menschen den Weg zu uns finden und bleiben. Daher liegt die Einwohner*innenzahl seit Jahren stabil bei knapp unter 20 000 Einwohner*innen. Hinzu kommen rund 1000 Menschen mit Zweitwohnsitz in der Stadt. Der Anteil der älteren Menschen nimmt zu, derzeit ist rund ein Drittel der Bevölkerung 60 Jahre oder älter.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf, um die Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge und damit die Lebensqualität in Eschwege langfristig zu sichern?

Wir haben in den letzten Jahren familiengerechte Infrastrukturen ausgebaut. Stark genutzte Fußwegebeziehungen wurden barrierearm ausgebaut. Daseinsvorsorge bedeutet aber auch, bezahlbaren, familiengerechten Wohnraum zu schaffen, der möglichst barrierearm ist. All diese Angebote gilt es, kontinuierlich nachzujustieren und anzupassen. Als

Mittelzentrum werden wir stärker mit den Umlandkommunen kooperieren, denn in den ländlicheren Gemeinden ist der demografische Wandel stärker zu spüren. Hier braucht es intelligente Lösungen.

Im Projekt „LebensWert“ wurde ein Modell für ein sektorenübergreifendes interkommunales Entwicklungsmanagement entwickelt. Was zeichnet dieses Modell aus oder anders gefragt: Warum hat es Sie überzeugt?

Eine Stadt oder Landgemeinde ist keine Insel. Wir sind von Partnern umgeben, die teilweise die gleichen Aufgabenstellungen zu bewältigen haben. Von Ver- und Entsorgung bis hin zu guter Infrastruktur empfiehlt sich ein Blick über den eigenen Tellerrand. Das Entwicklungsmanagement von „LebensWert“ verspricht, die in den beteiligten Kommunen vorhandenen Kompetenzen zu bündeln und auszuprobieren, wie man unter Effizienzaspekten Daseinsvorsorge neu denken und gemeinsam organisieren kann.

Was ist für Sie das spannendste Ergebnis des Projekts „LebensWert“?

Trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen sind die Aufgaben der Kommunen oftmals sehr gleich. Eine Kommune mit besonderen Kompetenzen in bestimmten Bereichen kann den „Nachbarn“ als Best-Practice-Beispiel dienen. Interkommunaler Wissenstransfer, Aushelfen bei Personalknappheit – da liegen die großen Aufgaben. Nicht jede Kommune kann für jeden Bereich Expert*innen ausbilden, Infrastruktur vorhalten, Material und Spezialfahrzeuge beschaffen. In einem noch zu entwickelnden Modell gilt es zu erarbeiten, welche Kompetenzen geteilt, welche Ressourcen gebündelt und welche Infrastruktur gemeindeübergreifend angeboten werden können.

Vielfalt leben!

Die Chancen einer vielfältigen Gesellschaft vor Ort aktiv nutzen

Die demografische Entwicklung, rückläufige Bevölkerungszahlen in einigen Regionen und der damit verbundene Fachkräftemangel sowie eine vielfältigere Gesellschaft zeigen, dass Zuwanderung und eine gelingende Integration relevante gesellschaftspolitische Handlungsfelder in den Städten und Gemeinden sind und bleiben werden. Integration adressiert dabei sowohl Neuzugewanderte als auch Migrant*innen, die bereits länger in den Kommunen leben.

Im Jahr 2015 kamen knapp 900 000 Geflüchtete in Deutschland an. Sie verließen ihre Herkunftsländer aufgrund von Krieg, Verfolgung oder aus wirtschaftlichen Gründen. Städte und Gemeinden konnten – mithilfe des umfassenden Engagements der Zivilgesellschaft und vieler ehrenamtlicher Helfer*innen – das „Ankommen“ – also die erste Unterbringung, den Zugang zu Sprachkursen, den Aufbau erster sozialer Kontakte – meistern. Heute rückt das „Bleiben“ in den Vordergrund und damit Fragen nach dauerhaften Perspektiven und Zugängen der Geflüchteten zum Arbeits und Ausbildungsmarkt, zum freien Wohnungsmarkt sowie zu sozialen und kulturellen Angeboten und Einrichtungen.

Deutschland ist aber nicht erst seit 2015 ein Einwanderungsland. Migration prägt die Gesellschaft seit Jahrhunderten, rund 20,8 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2018) leben hier. Migration und Integration sind somit keine neuen Themen. Die zentralen Aufgabenfelder einer gelingenden Integration sind bekannt: Spracherwerb, Zugang zu Bildungsangeboten, berufliche Qualifizierung, Arbeit und Begegnungen. Eine besondere Chance bietet sich Städten und Gemeinden in strukturschwächeren Regionen, die zudem mit den Folgen des demografischen Wandels umgehen müssen. Angesichts zurückgehender Bevölkerungszahlen und nicht mehr ausgelasteter kommunaler Einrichtungen könnten neu hinzuziehende Menschen ein wichtiges Signal für die Zukunft dieser Regionen sein. Dass es teils nur wenige spezifische Unterstützungs- und Beratungsangebote für Zugewanderte und Migrant*innen gibt, ist im Alltag beziehungsweise beim Ankommen an einem neuen Wohnort eine Hürde.

In der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ befassten sich zwei Projekte mit Ideen und Ansätzen für das Leben in einer vielfältigen Gesellschaft und den damit

verknüpften Herausforderungen und Aufgaben. Im Projekt IN² untersuchten die Projektpartner, wie die Integration von geflüchteten Menschen in ländlichen Regionen – und damit in auf den ersten Blick weniger attraktiven Standorten – gelingen kann. Das Projekt MIGOEK widmete sich dem Themenfeld Abwanderung und Fachkräftemangel in ländlichen Regionen und untersuchte, wie dort die Potenziale migrantischer Ökonomie stärker genutzt werden können.

Was die Projekte eint, ist die Erkenntnis, wie wichtig es ist, Austausch und Vernetzung unter den unterschiedlichen Akteuren vor Ort, die sich mit Aspekten der Integration befassen, herzustellen und langfristig zu erhalten. In neu ins Leben gerufenen lokalen Bündnissen begegnen sich (teils zum ersten Mal) Vertreter*innen aus Kommunen, Wirtschaftsinstitutionen, Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen, aber auch engagierte Bürger*innen und entwickeln gemeinsam übergreifende Ansätze zur Integration. In den Bündnissen entsteht ein umfassendes Wissen über die beteiligten Einrichtungen und deren Angebote und Zuständigkeiten. Das stößt einen zielgerichteten Informationsfluss, neue Kooperationsmöglichkeiten und die gemeinsame Umsetzung von Projektideen an, zum Beispiel für ein „Kulturtdem“, bei dem Zugewanderte und Einheimische zusammenkommen. Aufgezeigt wird in den Projekten auch der Bedarf an einer interkulturellen Öffnung und Erweiterung der interkulturellen Kompetenz innerhalb der Kommunalverwaltungen. Informationen und Unterstützungsangebote seitens der Kommunen sollten, so ein weiteres Fazit, niedrigschwellig und gut auffindbar aufbereitet werden.

In „Kommunen innovativ“ werden Impulse gesetzt, wie in einer vielfältigen Gesellschaft Zugänge zum Arbeitsmarkt und zu Ausbildungsmöglichkeiten in den Städten und Gemeinden geschaffen, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe befördert und bedarfsgerechte Wohnungen bereitgestellt werden können.

LITERATUR

Statistisches Bundesamt (2018): Jede vierte Person in Deutschland hatte 2018 einen Migrationshintergrund, Pressemitteilung Nr. 314 vom 21. August 2019.

Durch Integration von Zugewanderten die kommunale Zukunftsfähigkeit stärken

IN² – Innovative Formate zur Integration von Zuwanderern in Regionen mit hohen demografischen Herausforderungen

Projektbeteiligte: Institut für Technologie und Arbeit e.V., Senior-Forschungsprofessur Stadtplanung Prof. Dr.-Ing. Gerhard Steinebach, Technische Universität Kaiserslautern, Verbandsgemeinde Gerolstein, Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land

Laufzeit: 01.05.2017 – 30.09.2020

Bundesland: Rheinland-Pfalz

Internetseite: <https://www.ita-kl.de/ita-projekte/integration-innovativ/>



Zuwanderung als Chance für ländliche Kommunen

Zugewanderte finden ländliche, peripher gelegene Kommunen oftmals weniger attraktiv als Großstädte. Vor allem Geflüchtete und Arbeitsmigrant*innen, die keine emotionale Bindung zum Wohnort haben, zieht es in urbane Räume. Dabei haben gerade ländliche Gemeinden Bedarf an Zuwanderung, denn die Folgen des demografischen Wandels wie Arbeitskräftemangel oder Leerstand sind hier deutlich spürbar. Im Projekt IN² erprobten die Partner aus Praxis und Wissenschaft neue Wege, um die dauerhafte Integration der Zugewanderten zu unterstützen und die Kommunen zukunftsfähig zu gestalten.

Handlungsfelder bei der Integration

Zu Beginn des Projekts wurden in den Kommunen Zugewanderte und lokale Akteure der Integrationsarbeit befragt. Im Fokus standen die Einflussfaktoren auf die Entscheidung zugewanderter Menschen für das Leben auf dem Land, aber auch die Herausforderungen der Integration. Insgesamt wird die Lebensqualität in den Kommunen sehr geschätzt. Jedoch besteht ein vielfältiger Handlungsbedarf in Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt, den Aufbau von sozialen Netzwerken oder die Mobilitäts- und Freizeitangebote.

In Netzwerken an Herausforderungen arbeiten

In den Projektkommunen sind zahlreiche Akteure wie ehrenamtliche Helfer*innen, Behörden oder Unternehmen an den Integrationsprozessen beteiligt. Zusammen mit ihnen wurden in Ideenwerkstätten viele neue Ansätze erarbeitet, einige anschließend in kleinen Gruppen konkret

konzipiert und in der Praxis erprobt. Ein gutes Beispiel ist die Veranstaltungsreihe „Kultur tandem“ in Gerolstein, die Zugewanderte und Einheimische zusammenbringt. Bei verschiedenen Aktivitäten wie Spielen, Brotbacken oder Kunstaktionen können sich die Teilnehmenden kennenlernen und austauschen. Diese einfache Idee kann große Wirkung haben: interkulturelle Annäherung, Abbau von Stereotypen und Ängsten, Durchmischung der Gesellschaft, Spracherwerb im Alltag, Entstehen von Freundschaften und letztendlich die Entscheidung von Zugewanderten, in der Kommunen zu bleiben, wo sie gut vernetzt sind und sich als Teil der Gesellschaft wahrnehmen.

Integration als Daueraufgabe

Das Projekt hat gezeigt, dass Vernetzung, Ideenfindung und Zusammenarbeit von interdisziplinären Akteuren für den Umgang mit den Herausforderungen der Integration sinnvoll sind und gute Ergebnisse bringen können. Denn die Ehrenamtlichen kennen die Bedarfe, und die Hauptamtlichen verfügen über die notwendigen Möglichkeiten. Bei unterschiedlichen Treffen fanden intensive Gespräche statt, Informationen wurden ausgetauscht und Kontakte geknüpft. Die Herausforderung nach Projektende bleibt die Verstetigung dieser neu entstandenen Netzwerke. Da die ersten gemeinsam umgesetzten Maßnahmen von der Bevölkerung sehr gut aufgenommen wurden, besteht unter den beteiligten Akteuren großes Interesse, die Zusammenarbeit fortzuführen. Die erprobten Ansätze stehen als Toolbox der kommunalen Integrationsarbeit anderen Kommunen online frei zur Verfügung.



Vielfalt erfordert Sensibilität: Migrantische Ökonomie auch in ländlichen Räumen bedarfsgerecht fördern

Abwanderung, Leerstand und Fachkräftemangel in ländlichen Regionen

Periphere ländliche Räume sind von den Auswirkungen durch Abwanderung und Fachkräftemangel betroffen: Leerstand, Rückgang von Dienstleistungen und Infrastruktureinrichtungen. Migrantische Ökonomie stellt hier ein großes Potenzial dar. Migrantische Gründer*innen und Unternehmer*innen werden in ländlichen Räumen von der Wirtschaftsförderung jedoch oft nicht adressiert. Beratungsangebote sind diesem Personenkreis kaum bekannt, Inhalte der Gründungsberatung sind kaum auf ihre Bedarfe ausgerichtet, und den Berater*innen fehlt häufig Interkulturelle Kompetenz. Auch die fehlende Vernetzung zwischen Integrationseinrichtungen, Migrant*innenorganisationen und den Gründungsberatungen lässt Potenziale ungenutzt. So finden sich in den Projektregionen Migrant*innenorganisation, die einen hohen Anteil an Selbstständigen unter ihren Mitgliedern haben, jedoch keine Kenntnis über vorhandene Beratungsangebote haben.

Potenziale migrantischer Ökonomie

Die Zahl der Neugründungen durch Migrant*innen hat in den letzten Jahren zugenommen, und migrantische Unternehmen sind in vielen Bereichen zu finden. Migrant*innen gründen häufiger, sind risikobereiter und füllen Nischen in der regionalen Wirtschaft. Es gilt, migrantische Gründer*innen und Unternehmer*innen zu unterstützen, ihnen optimale Voraussetzungen für die Gründung und Unternehmensführung zu schaffen und sie in vorhandene Strukturen zu integrieren.

Information, Vernetzung, Weiterbildung

Im Projekt wurden für eine Verbesserung der Beratung und Ansprache von migrantischen Gründungsinteressierten die Handlungsfelder Information, Vernetzung und

MIGOEK – Migrantische Ökonomie für ländliche Kommunen

Projektbeteiligte: HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen, Stabsstelle Wirtschaftsförderung – Landkreis Cloppenburg

Laufzeit: 01.04.2017 – 30.06.2020

Bundesländer: Niedersachsen und Hessen

Internetseite: <http://blogs.hawk-hhg.de/migoek/>

Weiterbildung identifiziert. Das Handlungsfeld Information umfasst bedarfsgerechte Informationsmaterialien und Angebote für migrantische Gründer*innen, unter anderem Broschüren in einfacher Sprache und niedrigschwellige Informationsveranstaltungen. Im Handlungsfeld Vernetzung wird der Austausch zwischen Akteur*innen aus Integrationseinrichtungen, Migrant*innenorganisationen und der Wirtschaftsförderung unterstützt, um gegenseitige Kenntnisse und die Verweisstruktur zu verbessern. Damit werden Zugänge geschaffen und Partizipation sichergestellt. Im Handlungsfeld Weiterbildung wurde der Workshop „Vielfalt in der Gründungsberatung“ entwickelt, der für die Bedarfe migrantischer Gründer*innen sensibilisiert und Tools für die Praxis zur Verfügung stellt.

Hilfreiche Tools und Informationen

Fact Sheets zu den Formaten sowie Informationen über bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote sind auf der MIGOEK-Webseite veröffentlicht, das Weiterbildungsangebot wird voraussichtlich ab 2021 über HAWK Weiterbildung angeboten.



Bürgermeister-Interview mit Hans Peter Böffgen, Verbandsgemeinde Gerolstein

Hans Peter Böffgen, 55 Jahre alt, verheiratet und Vater von sechs Kindern, seit 2019 Bürgermeister der Verbandsgemeinde Gerolstein mit 38 Ortsgemeinden und ca. 30 000 Einwohner*innen.

Wie entwickelte sich die Zuwanderung in der Verbandsgemeinde Gerolstein in den letzten Jahren?

In den durch Fluchtmigration geprägten Jahren hat sich auch in unserer Verbandsgemeinde die Zuwanderung erhöht. Infolge sind die Einwohnerzahlen in unserer eher von Abwanderung geprägten ländlichen Region konstant geblieben. Derzeit leben in der Verbandsgemeinde Gerolstein über 60 Nationen. Etwa neun Prozent der Bevölkerung haben eine ausländische Staatsangehörigkeit, viele weitere Menschen einen Migrationshintergrund.

Welche neuen Aufgaben folgen daraus für Ihre Gemeinde und wie gehen Sie diese an?

Mit der Zuwanderung haben die Aufgaben der sozialrechtlichen Versorgung zugenommen. Anfangs bestand die Herausforderung darin, geeignete Wohnungen für die Geflüchteten zu finden. Hier waren wir organisatorisch wie menschlich gefragt: Wir stellten den Dialog zwischen Vermietern und Geflüchteten her, moderierten Konflikte und fungierten als Kulturvermittler.

Mit der Zeit sind integrationspolitische Aufgaben in den Vordergrund gerückt. Die Verwaltung wurde zur Ansprechpartnerin in jeglichen Fragen – von der Sprachkursvermittlung bis zur Arbeitsmarktintegration.

Inzwischen ist allen bewusst, dass es ein Netzwerk aus lokalen Akteuren wie Behörden, Wohlfahrtsverbänden, Unternehmen und der Zivilgesellschaft braucht, um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Auch dank des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts „IN²“ im Rahmen der Fördermaßnahme „Kommunen Innovativ“ können wir hier neue Lösungsansätze entwickeln.

Worin liegt das besondere integrative Potenzial einer kleinen Gemeinde in einer ländlichen Region?

Soziale Nähe, nachbarschaftliches Engagement, informelle Kommunikationskanäle und gute Beschäftigungsperspektiven bieten vor allem auch jüngeren Menschen und Familien Lebensqualität und erleichtern die Integration.

Was ist für Sie das spannendste Ergebnis des Projekts „IN²“?

Im Laufe des Projektes ist uns bewusst geworden, dass sich die Bedürfnisse von heimischer Bevölkerung und Zugewanderten gar nicht so sehr unterscheiden. Die Maßnahmen, die in Ideenwerkstätten vorgeschlagen und umgesetzt werden, sind deshalb für die Gesamtbevölkerung nützlich.

Wenn wir uns also für mehr Integration einsetzen, kommt es der gesamten Verbandsgemeinde zugute und hilft uns, zukunftsfähiger zu werden.

Allianzen bilden!

Den Handlungsspielraum der Kommunen mit neuen Partnern erweitern

Komplexe Herausforderungen führen ebenso wie unvorhersehbare Krisen wie Pandemien oder Extremwetterereignisse zu wachsenden Unsicherheiten, auf die vor allem vor Ort, das heißt, in den Städten und Gemeinden, Antworten gefunden und für die Lösungsansätze entwickelt werden müssen. Die vielschichtigen Probleme können jedoch nicht mehr alleine von Verwaltung und Politik gelöst werden – hier fehlen häufig Ressourcen, Wissen und Ideen. Neue Bündnisse und Kooperationen mit der Zivilgesellschaft, den Bürger*innen und der Wirtschaft sind notwendig, um handlungsfähig zu bleiben, neue Ideen und Lösungen zu erarbeiten und Projekte gemeinschaftlich zu entwickeln.

Die Zusammenarbeit von Kommunen mit anderen Akteuren ist nicht neu. So werden kommunale Aufgaben schon seit vielen Jahren in Public-Private-Partnerships organisiert. Und auch die Zusammenarbeit mit Bürger*innen und der Zivilgesellschaft ist langjährige Praxis; Beteiligungsangebote und Engagementförderung sind in vielen Städten und Gemeinden selbstverständlich. Neuer und weit weniger erprobt sind der systematische und verbindlich organisierte Einbezug dieser Gruppen in Kommunikations-, Diskussions- und Transformationsprozesse und die sich daran anschließende Entwicklung und Umsetzung von Konzepten und Modellen für eine zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Gemeinden. Auf der Agenda stehen dabei unter anderem Themen wie Mobilität, Versorgung, Tourismus, Freiräume. Kooperation und – einen Schritt weiter gedacht – Koproduktion bedeuten, dass Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in sogenannten „Strukturen neuer Verantwortungen“ zusammenarbeiten, um gemeinsam Ideen zu entwickeln und arbeitsteilig Aufgaben zu übernehmen. Verbunden sind damit, so zeigen es aktuelle Studien, Erwartungen an bessere Prozesse und innovative Lösungen. Kennzeichnend für diese Allianzen sind zudem ein Miteinander auf Augenhöhe, das Ausloten von Gemeinsamkeiten und Unterschieden sowie die Langfristigkeit der Zusammenarbeit. Bei der Zusammenarbeit mit Bürger*innen geht es nicht darum, deren Engagement als Ressource für kommunale Aufgaben zu nutzen, sondern vielmehr um eine Zusammenarbeit, von der beide Seiten profitieren.

Die Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ zeigt, dass Antworten auf die gegenwärtigen Veränderungsprozesse in den Kommunen unterschiedlich formuliert und ortsspezifische Themenschwerpunkte gesetzt werden. Augenfällig ist jedoch, dass viele Projekte trotz der thematischen Vielfalt übereinstimmend eine veränderte Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik und organisierter und unorganisierter Zivilgesellschaft, also den Menschen in den Kommunen, sowie der Wirtschaft entwerfen. In den Projekten wird davon ausgegangen, dass eine zukunftsfähige Stadt- und Regionalentwicklung Impulse und Initiativen einer am Gemeinwohl orientierten Zivilgesellschaft und engagierter Bürger*innen benötigt, die sich über ihre eigenen Interessen hinaus für das Gemeinwesen einsetzen. Von der Förderung bürgerschaftlichen Engagements, der Aktivierung „stiller“ Bevölkerungsgruppen über die stärkere Verzahnung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Verstetigung von Nachbarschaftsprojekten, die gemeinsam von Kommunen und Bürger*innen getragen werden, bis zum Engagement in Genossenschaften, in denen Kommune und Bürger*innen gleichberechtigt zusammenarbeiten: Die Bandbreite möglicher Allianzen ist groß. Die Projekte reflektieren Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements, entwickeln und erproben neue Ansätze der Aktivierung, Beteiligung und Mitgestaltung der Menschen vor Ort bei Fragen kommunaler Zukunftsentwicklung und entwerfen Organisations- und Finanzierungsmodelle für kooperative und koproduktive Projekte.

„Kommunen innovativ“ macht Mut für neue Formen der Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und den Menschen vor Ort. Diese neuen Allianzen schaffen Mehrwerte, denn Kommunen und Bürger*innen entwickeln hier gemeinsam Ansätze für mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden.

Leute machen Kleinstadt

Kleinstadt gestalten – Kleinstadt macht Leute, Leute machen Kleinstadt: Innovative Anreizsysteme für aktive Mitgestaltung im demografischen Wandel am Beispiel Weißwasser/O.L.

Projektbeteiligte: Stadtverein Weißwasser e.V., Stadtverwaltung Weißwasser, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Dortmund

Laufzeit: 01.06.2016 – 31.05.2019

Bundesland: Sachsen

Internetseite: www.ort-schafft.eu



Freiwillige gesucht:

Der Bevölkerungsrückgang in Weißwasser beträgt, bezogen auf den Höchststand von 1988, rund 60 Prozent (Rückgang auf knapp 16.000 Einwohner*innen im Jahr 2020) und ist absehbar noch nicht beendet. Das Durchschnittsalter stieg in diesem Zeitraum von 32 auf über 50 Jahre. Der Jugendquotient beträgt derzeit weniger als zwölf Prozent bei weiter sinkender Tendenz. Diese Entwicklung bewirkt auch, dass die Anzahl engagierter Freiwilliger in bestimmten Bevölkerungsgruppen sinkt.

Engagement aktivieren und unterstützen

Das Projekt „Kleinstadt gestalten“ zielte darauf, bürgerschaftliches Engagement vor allem von Jugendlichen, jungen Frauen, Rückkehrenden und Zugezogenen für die Gestaltung von Angeboten der Daseinsvorsorge in Weißwasser zu aktivieren. Dafür wurden in einem Reallabor bedarfsgerechte kulturelle, soziale und mediale Aktivitäten und Ansätze erprobt.

Das Projekt zeigte, dass es für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements einer Vermittlung geeigneter Ansprechpartner*innen zwischen freiwillig engagierten Menschen mit Ideen, den Entscheider*innen der Kommune und der Wirtschaft bedarf. Vor allem bei Fragen zur Finanzierung/Förderung, Haftung, zu Genehmigungen und Faktoren wie Qualifikation, Zeit, Verbindlichkeit und Dauerhaftigkeit ist eine professionelle Unterstützung notwendig.

Ein zentraler Projektbestandteil ist der sogenannte „Kleinprojekte-Fonds“ – ein Instrument, um Engagierte niedrigschwellig finanziell zu unterstützen. Zunächst

reichten Bürger*innen Projektideen ein. Anschließend wählte eine Jury anhand festgelegter Kriterien (unter anderem erkennbarer Bedarf, Innovationsgehalt und/oder Nachhaltigkeitsanspruch) Vorhaben für eine Förderung aus. So konnte sich zum Beispiel das Projekt „Kulturbrunch“ zu einer eigenverantwortlich getragenen Veranstaltungsreihe entwickeln, die wachsenden Zuspruch von jungen Familien erfährt. Auch das Projekt „Stadt-App-Weißwasser-erleben“ ist fester Bestandteil der Stadtgesellschaft geworden. Unternehmen, Stadtverwaltung und Stadtverein betreiben gemeinsam diese digitale Plattform, auf der Informationen über die Stadt gebührenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Lessons learned!

Da die Stadt Weißwasser Mitglied im Stadtverein Weißwasser e.V. ist, besteht gegenseitiges Vertrauen und Respekt. Die Gratwanderung zwischen kommunalen Interessen und Zuständigkeiten einerseits sowie der Einräumung von Mitwirkungsrechten zivilgesellschaftlich Agierender andererseits verläuft daher spürbar konfliktfrei.

Um bürgerschaftliches Engagement zu fördern, bedarf es in den Kommunen einer „Gemeinschaft von Willigen“, die als qualifizierte Anlauf- und Kommunikationsschnittstelle dient. Ein zu hoher Erwartungsdruck gegenüber den Freiwilligen sollte vermieden werden. Ehrenamtliches Tun ist als eine freiwillige Spende privater Ressourcen (vor allem von Lebenszeit) zu begreifen und dementsprechend anzuerkennen, keinesfalls als günstiger Ersatz kommunaler oder sogar staatlicher Daseinsvorsorge.

Gemeinsame Prinzipien als Basis von Bürgerbeteiligung

Austausch und Engagement etablieren und verstetigen

Im Projekt „TransformBar“ sammelte die Stadt Treuenbrietzen Erfahrungen mit informeller Beteiligung. Vor Projektbeginn erfolgte Bürgerbeteiligung entlang der gesetzlichen Vorgaben. Informelle Beteiligungsprozesse wurden nur selten durchgeführt. Nachdem ein größeres Planungsprojekt durch einen Bürgerentscheid gekippt wurde, entschied die Stadtverwaltung, in engeren Austausch mit den Bürger*innen zu treten und gemeinsam an Projekten zu arbeiten. Im Projekt wurde die Grundlage für künftige Beteiligungsprozesse erarbeitet.

Anhören, in Ausgleich bringen und Verbindlichkeit herstellen

Bürger*innen, aber auch städtische Verwaltungsmitarbeitende sowie Ausschussmitglieder wurden im Frühjahr 2018 zur Beteiligungskultur in Treuenbrietzen befragt. Über 400 Bewohner*innen nahmen diese Möglichkeit – in Veranstaltungen oder online – wahr. Erhoben wurde unter anderem, wann ein Austausch zwischen Ausschussmitgliedern, Stadtverwaltung und Bürgerschaft als sinnvoll wahrgenommen wird und inwiefern die Befragten Zeit und Interesse haben, sich einzubringen. Eine wesentliche Erkenntnis: Die Befragten wünschen sich, besser informiert zu sein und ihre Ideen aktiv einbringen zu können.

Kurz, anschaulich und lebendig – die Prinzipien aus Treuenbrietzen

Auf Basis der Ergebnisse wurden die „Prinzipien für Bürgerinformation und beteiligung in Treuenbrietzen“ von den wissenschaftlichen Projektpartnern und der Stadtverwaltung entwickelt und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Die Prinzipien schreiben beispielsweise einen respektvollen Umgang miteinander als Grundlage für den sachlichen Austausch fest, definieren Einwohnerbeteiligung als Politikberatung und regeln die Einbindung von Zufallsbürger*innen. Bestandteil der Prinzipien ist eine Vorhabenliste. Sie schafft Transparenz über die zentralen Vorhaben der Stadt.

Eine zentrale Erkenntnis: Bürgerbeteiligung benötigt einen klaren Rahmen. So werden keine unerfüllbaren Erwartungen geweckt, und die Zuständigkeiten sind eindeutig definiert. Um diesen Rahmen zu sichern, wurde mit dem

TransformBar – Erprobung kommunaler Beteiligungskonzepte und deren Verbreitung

Projektbeteiligte: DIALOGIK gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations- und Kooperationsforschung mbH, e-fect dialog evaluation consulting eG, Georg-August-Universität Göttingen, Stadt Treuenbrietzen, Stadt Münsingen

Laufzeit: 01.06.2016 – 31.12.2019

Bundesländer: Baden-Württemberg & Brandenburg

Internetseiten: www.zukunftskommunen.de,
www.treuenbrietzen.de/buergerbeteiligung

Beschluss der Prinzipien zugleich eine Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung in der Stadtverwaltung geschaffen.

Prinzipien der Bürgerbeteiligung lokal anpassen

Die Broschüre „Du bist Treuenbrietzen. Deine vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten“ zeigt, dass mit Beteiligungsprinzipien ein übersichtliches und motivierendes Regelwerk gestaltet werden kann.

Die Prinzipien sind auch in anderen Kommunen anwendbar. Jede Kommune kann Beteiligungsprinzipien aufstellen und eine Vorhabenliste veröffentlichen. Die Kommunen können von Beteiligungsprinzipien anderer Kommunen viel lernen und Inspiration erhalten. Allerdings empfiehlt es sich, beide Instrumente nicht einfach „abzukupfern“, sondern diese an die spezifischen Bedürfnisse vor Ort anzupassen. Für die Übertragbarkeit ist ein Austausch unter den Kommunen empfehlenswert, um Erfahrungen miteinander zu teilen und so für einen Transfer untereinander zu sorgen.



Wie können Jugendliche an der Gestaltung einer nachhaltigen Kommune mitwirken?

LAZIKN2030 – Zielkonflikte der Nachhaltigkeit bei der Gestaltung einer zukunftsfähigen Kommune unter Partizipation von Schüler*innen sowie Bürger*innen erkennen, analysieren und Lösungsansätze entwickeln

Projektbeteiligte: Stadt Sandersdorf-Brehna, Samtgemeinde Barnstorf, Leibniz Universität Hannover, Universität Greifswald

Laufzeit: 01.06.2017 – 30.11.2020

Bundesländer: Sachsen-Anhalt und Niedersachsen

Internetseite: www.nachhaltigkeit-toolbox.de

Zielkonflikte der Nachhaltigkeit

Ziel des Projekts LAZIKN2030 war es, in einem partizipativen Prozess Lösungsansätze zur Bewältigung von ausgewählten Zielkonflikten der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene zu entwickeln. Grundlage, Zielkonflikte zu lösen, ist die Einbeziehung junger Menschen in kommunale Entscheidungsprozesse, denn es geht um ihre Zukunft. In den Modellkommunen bauten die Verbundpartner*innen schulische Think Tanks auf und diskutierten mit Schüler*innen ausgewählte Zielkonflikte.

Beteiligung von Jugendlichen an der Entwicklung von Lösungsansätzen

Zunächst wurde den Schüler*innen Basiswissen zu Nachhaltigkeit und Kommunalpolitik im Unterricht vermittelt. Beide Themen sind bislang nicht curricular verankert und werden eher punktuell und weniger systematisch im Sinne einer notwendigen Bewusstseinsbildung vermittelt. Durch Methoden des forschenden Lernens (wie z.B. Reflexive Fotografie) wurden die Schüler*innen für die Zielkonflikte der Nachhaltigkeit (z.B. Jugend-Treffpunkte versus Kommunal финанzen)

sensibilisiert, um sie dann zu reflektieren und zu diskutieren. Um den Bezug zur Kommunalpolitik zu stärken, fand ein Austausch zwischen den Schüler*innen und den Bürgermeister*innen statt. In beiden Kommunen wurden Thesen- und Forderungspapiere zu Zielkonflikten und notwendigen Beteiligungsstrukturen von den Schüler*innen verfasst, die bei Ratssitzungen den Bürgermeister*innen übergeben wurden.

Vom Projekt zur Struktur

Über die Behandlung der Zielkonflikte in den schulischen Think Tanks entwickelten sich in den Kommunen dauerhafte Partizipationsstrukturen mit den Jugendlichen.

In Sandersdorf-Brehna wurde ein Jugendbeirat gewählt, für den der Stadtrat Haushaltsmittel zur Verfügung stellt. Hier werden unter anderem die Zielkonflikte aus LAZIKN2030 weiter bearbeitet. Der Jugendbeirat hat Rede- und Antragsrecht im Stadtrat. Die Bildungs- und Projektmanagementprozesse sowie der Austausch mit den Fachbereichen und dem Stadtrat werden durch die Verwaltung koordiniert. Diese/r Ansprechpartner*in fungiert als Schnittstelle zwischen dem Jugendbeirat, der Verwaltung und den politischen Gremien (Stadtrat und Ausschüssen). Denn hier besteht bislang keine Erfahrung hinsichtlich eines Austauschs.

Anfang 2020 wurde in Barnstorf die AG „Political Youth Barnstorf (PYB)“ an einer Oberschule initiiert. Ziel der AG ist es, Bewusstsein für die politische Mitbestimmung der Jugendlichen zu schaffen und in Dialog mit der Politik zu treten. Schüler*innen, Lehrkräfte und Verwaltungsmitarbeiter*innen erarbeiten Umsetzungsideen zu Themen wie Umwelt, Jugendtreffpunkte und nachhaltige Mobilität in der Gemeinde und diskutieren diese mit Politiker*innen.

Erkenntnisse und Ergebnisse

Die Kooperation zwischen Schule, Kommune und Wissenschaft wurde von den Beteiligten begrüßt. Kommunikation über zielgruppengerechte Kanäle und der Austausch auf Augenhöhe sind wichtige Bausteine, um das Interesse der Schüler*innen an kommunalen Entscheidungsprozessen zu wecken. Im Projekt konnten Strukturen für die dauerhafte Mitwirkung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen aufgebaut werden.

Die Vorgehensweise, angewandten Methoden und Lösungsansätze wurden in einer Toolbox aufbereitet und online veröffentlicht: www.nachhaltigkeit-toolbox.de





Wat nu? – Demografischer Wandel im Wattenmeer-Raum

Projektbeteiligte: Gemeinde Wangerland, Arbeitsgruppe für regionale Struktur- und Umweltforschung (ARSU GmbH), Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Laufzeit: 01.06.2016 – 30.09.2019

Bundesland: Niedersachsen

Internetseite: www.wat-nu-im-watt.de

Lokale Netzwerke zwischen Bürger*innen und Kommune im ländlichen Raum

Gemeinsame Potenziale in der Kommune nutzen

Die Gemeinde Wangerland ist vom demografischen Wandel betroffen. Flächenmäßig groß und dünn besiedelt ist sie zudem aufgrund ihrer Lage an der Nordsee stark vom Tourismus geprägt. Die Sicherung der Daseinsvorsorge außerhalb der touristischen Zentren und der Saison stellt eine Herausforderung dar. Die Bewohner*innen und die nur temporär in der Gemeinde lebenden Menschen schätzen die Lebens- und Umweltqualität der Region. Ihr Interesse an der aktiven Gestaltung der Gemeinde ist groß, ablesbar an den vielen Ideen, mit denen sie die Entwicklung der Gemeinde unterstützen. Politik und Verwaltung nutzen dieses Potenzial bisher oft nicht oder nur unsystematisch.

Neue Strukturen in der Kommune schaffen

Das Projekt „Wat nu?“ zielte darauf, dauerhaft und temporär in der Gemeinde lebende Bürger*innen systematisch in die kommunale Entwicklung einzubeziehen. Die Bürger*innen arbeiteten gemeinsam mit der Verwaltung und anderen Akteuren an Fragen der Daseinsvorsorge. Damit sollten das Bewusstsein für kooperative Ansätze gestärkt und erforderliche Strukturen etabliert werden. Der Ansatz von „Wat nu?“ wurde im Reallabor umgesetzt. Akteure wurden aktiviert, Koproduktionsräume geschaffen und Impulse von außen eingebunden. Hierzu wurden spezifische Formate der Kooperation eingesetzt – seien es Kreativitätstechniken (u. a. Bürgerwerkstätten), aufsuchende und digitale Formate oder Befragungen. Den Blick von außen brachten regionale und überregionale Praktiker*innen sowie studentische Projekte ein.

Die Kommune – ein kooperativer Ort

Gemeinsam wurden konkrete, den regionalen Alltag betreffende Probleme identifiziert, wie beispielsweise die Dominanz des Tourismussektors, die damit verbundene geringe Attraktivität der Arbeitsplätze oder die nicht bedarfsgerechten Mobilitätsangebote. In zeitlich befristeten Kooperationen gelang es, unterschiedliche Akteure zu aktivieren. Gemeinsam gründeten Einwohner*innen, Zweitwohnungsbesitzer*innen sowie kommunale Politik und Verwaltung unter anderem einen Mobilitätsverein, der als erstes Projekt einen Bürgerbus organisiert. Eine neu entwickelte digitale Werkstatt (ein GIS-basiertes Beteiligungswerkzeug) wird in einem Quartiersentwicklungsprojekt genutzt. Bei einem geplanten Nachfolgeprojekt soll der Ansatz auf die gesamte Gemeindeentwicklung übertragen werden.

Transfer

Der in „Wat nu?“ erprobte kooperative Ansatz kann auf andere Kommunen übertragen werden. Zentral ist es, konkrete Möglichkeiten zur Kooperation zwischen Bürger*innen, Gemeinde und Wissenschaft zu schaffen. Das beinhaltet zum Beispiel, ein Konzept für Kooperation und Koproduktion in der Gemeinde zu entwickeln und dauerhafte Unterstützungsstrukturen zu schaffen, sodass die Zusammenarbeit von Bürger*innen, Gemeinde und Wissenschaft gefördert und professionell koordiniert wird. „Wat Nu?“ hat gezeigt, dass weniger formelle Barrieren Beteiligung der Bürger*innen erleichtern und dass neue Kooperationen Geduld und Offenheit bei allen Beteiligten erfordern.



Bürgermeister-Interview mit Björn Mühlena, Gemeinde Wangerland

Björn Mühlena (52), seit 2014 Bürgermeister der Nordsee-Gemeinde Wangerland (Landkreis Friesland), im ersten Beruf Polizist, später Studium der Verwaltungswirtschaft mit Abschluss zum Dipl.-Verwaltungswirt, Schiedsmann und Standesbeamter, Interessenschwerpunkte: Demografie, Raumentwicklung und Prävention.

Das Wangerland ist eine der beliebtesten Urlaubsregionen an der Nordsee. Welchen Einfluss hat der Tourismus auf die Gemeinden und ihre Bewohner*innen?

Der Tourismus ist im Wangerland mit rund 3000 Arbeitsplätzen von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Auch Einzelhandel und Handwerk erzielen hohe Umsätze im Tourismus. Daraus ergeben sich aber auch besondere Herausforderungen für die Gemeinde. So unterscheidet sich die Vorhaltung und Sicherung der Infrastruktur unter touristischen Gesichtspunkten erheblich von den Aufgaben in den Nachbarkommunen. Erschwerend kommt die Zunahme von Zweitwohnungsbesitzer*innen bei gleichzeitiger demografischer Alterung und der nicht immer leichten Integration der Zuziehenden in die gewachsenen Strukturen hinzu.

Im „Kommunen innovativ“-Projekt „WatNu“ identifizierten Gemeinde, Bürger*innen und Wissenschaft gemeinsam Zukunftsaufgaben und deren Lösung.

Was nehmen Sie daraus mit?

Die ungewohnte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Kommune im „Reallabor“, das heißt, in einem Freiraum jenseits unserer täglichen Aufgaben, hat ungeahnte und wichtige Blickwinkel eröffnet. Wir konnten vor Ort drängende Themen wissenschaftlich aufarbeiten und durch

den partizipativen Prozess die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen. Als besonders wichtig erwies sich, dass wir bislang weniger berücksichtigte Gruppen wie zum Beispiel die Zweitwohnungsbesitzer*innen und Urlauber*innen einbezogen haben. Das gelingt in der täglichen Arbeit in der Gemeinde sonst nicht immer.

Wie greift Ihre Gemeinde die Impulse aus der Bevölkerung auf und unterstützt deren Umsetzung?

Aus der Bevölkerung kamen viele Anregungen und Ideen für vor allem ehrenamtliche Projekte. Diese kann die Gemeinde finanziell unterstützen. Ganz konkret wurden bspw. ein Mobilitätskonzept erarbeitet und ein Bürgerbus ins Leben gerufen. Damit kann auf die Defizite im ÖPNV reagiert werden.

Was ist für Sie das spannendste Ergebnis des Projekts „WatNu“?

Jenseits von der „großen Politik“ sind die Sorgen und Nöte unserer kleinen Kommune sichtbar geworden. Wo sonst die Situation der Gemeinden pauschal bedauert wird und häufig undifferenziert Hilfen gefordert werden, war es möglich, einen unverstellten Blick auf die Probleme der Kommunen zu richten. Es wurden viele innovative Ideen eingebracht, die nun weiterverfolgt werden sollen. Für uns eine wichtige Erkenntnis: Innovationspotenzial für die Lösung lokaler Probleme ist im Wangerland vorhanden. Ein einmaliges Erlebnis war sicherlich, mit welcher Geschwindigkeit die wissenschaftlichen Partner Ideen und Ansätze reflektieren konnten, das ist in der täglichen Arbeit in der Kommune so kaum möglich.

Innen entwickeln!

Stadtzentren und Ortskerne als lebendige Wohn- und Lebensorte stärken

In ländlichen Regionen stehen viele Städte und Gemeinden vor der Herausforderung, Lebensqualität für eine sowohl abnehmende als auch älter werdende Bevölkerung zu gewährleisten, denn vor allem junge Menschen wandern auf der Suche nach Arbeit oder Ausbildung in die Ballungsräume ab (Berlin Institut 2019). Im Konkurrenzkampf um Einwohner*innen und Unternehmen setzen Kommunen immer noch häufig auf die Neuausweisung von Baugebieten, verbunden mit der Erwartung an den Zuzug von Familien und Betrieben. Rund 80 Prozent der Neuflächeninanspruchnahme erfolgt derzeit außerhalb der Ballungsräume (BSBK 2018). Oftmals entstehen an den Ortsrändern neue Gewerbestandorte oder Einfamilienhaussiedlungen, parallel veröden die Ortskerne und verlieren immer stärker ihre Bedeutung als Einzelhandels-, Infrastruktur- und soziale Zentren. Dieses Wachstum an den Rändern führt nicht nur zu dispersen Siedlungsstrukturen und zum Verlust ökologisch und klimatologisch wertvoller Flächen, sondern auch zu immer höheren Infrastrukturfolgekosten, erschwerter Erreichbarkeit und Mobilitätsengpässen sowie zu einer abnehmenden Vitalität der Ortskerne.

Alternativen zum Flächenverbrauch im Außenbereich gibt es: Die Flächenpotenziale im Bestand werden bundesweit auf etwa 150 000 Hektar geschätzt (BBSR 2013). Diese Leerstände und Brachen – leerstehende ehemalige Hofstellen und andere ortsbildprägende Gebäude sowie innerörtliche Baulücken – wirken sich negativ auf das Erscheinungsbild der Gemeinden aus und symbolisieren ungenutzte Entwicklungen. Innenentwicklung setzt hier an. Dafür steht den Kommunen eine Vielzahl an erprobten Maßnahmen und Instrumenten zur Verfügung. Das heißt, es geht bei der Stärkung der Innenentwicklung vor Ort weniger darum, gänzlich neue Instrumente zu entwickeln und einzusetzen, sondern darum, das Bewusstsein für Innenentwicklung zu stärken, die bestehenden Handlungsoptionen transparenter darzustellen und den Kommunen Handreichungen zu geben sowie Beispiele für eine effiziente und umsetzbare Anwendung des bestehenden Instrumentariums aufzuzeigen.

Neue Wege in der Innenentwicklung erprobten die Verbundvorhaben der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“. Erforscht wurden beispielsweise neue Finanzierungsinstrumente, mit denen in den Stadtkernen neue

Entwicklungsimpulse gesetzt werden können. Gesucht wurde nach neuen Wegen, wie die Kreativität und das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner für Maßnahmen der Innenentwicklung geweckt werden können, um die Zentren neu zu beleben. Dafür setzten die Projekte auf Ansätze und Instrumente zur Sensibilisierung, Information und Beratung. Ziel war es, für die Folgen des Flächenverbrauchs zu sensibilisieren, individuelle Handlungsoptionen sowie Chancen für die Gestaltung der eigenen Gemeinde aufzuzeigen und letztlich eine auf die Ortskerne orientierte kommunale Entwicklung anzuregen. Erprobt wurden außerdem neue Kooperationen – sowohl von mehreren Kommunen innerhalb einer Region als auch von Kommunen und Zivilgesellschaft. Alle Projekte zielten darauf, Lebensqualität in den Städten zurückzugewinnen und Orte und Ortskerne wieder attraktiv und lebendig zu machen.

Eine gelingende Innenentwicklung braucht – so die Ergebnisse – kaum neue (Planungs-)Instrumente, sondern vor allem innovative Ansätze, die den Boden für den wirkungsvollen Einsatz dieser Instrumente bereiten: Die beteiligte Akteure müssen für Innenentwicklung und ihre Möglichkeiten sensibilisiert, Engagement der Eigentümer*innen aktiviert und diese Prozesse bedarfs- und zielgruppengerecht von den Kommunen unterstützt werden. Die Ergebnisse aus Kommunen innovativ machen deutlich, dass der Einsatz der vorbereitenden Maßnahmen und der Instrumente der Innenentwicklung eines starken kommunalpolitischen Auftrags bedürfen. Die Stärkung der Ortskerne muss politisch gewollt sein und vorangetrieben werden – mit all den damit verbundenen Schwierigkeiten einerseits und den Chancen auf neue Qualitäten in Dörfern und Städten andererseits.

LITERATUR

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2019): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind, Berlin.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2013): Innenentwicklungspotenziale in Deutschland – Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage und Möglichkeiten einer automatisierten Abschätzung, Bonn.

BSBK – Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.) (2018): Besser Bauen in der Mitte. Ein Handbuch zur Innenentwicklung, Potsdam.



Mit digitalen Tools für Innenentwicklung sensibilisieren

AktVis – „Aktivierung von Flächenpotenzialen für eine Siedlungsentwicklung nach innen – Beteiligung und Mobilisierung durch Visualisierung“

Projektbeteiligte: TU Darmstadt, Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung IGD, Gemeinde Münster (Hessen), Stadt Bensheim, Gemeinde Otzberg, Regionalmanagement Darmstadt-Dieburg

Laufzeit: 01.03.2017 – 28.02.2019

Bundesland: Hessen

Internetseite: www.aktvis.de

Immobilien Eigentümer*innen als relevante Stadtentwickler*innen

Städte und Gemeinden sollen ressourcenschonend und zukunftsfähig entwickelt werden. Dies erfordert die Nutzung bestehender Flächenpotenziale (Innenentwicklung). Die kommunalen Bemühungen scheitern häufig, wenn Immobilien- und Grundstückseigentümer*innen andere Interessen verfolgen. Hier setzte das BMBF-Forschungsprojekt AktVis mit der frühzeitigen Einbindung der Eigentümer*innen und dem Einsatz digitaler Medien an.

Innenentwicklung vor Ort begegnen und gestalten

Die Kommunen Bensheim, Münster (Hessen) sowie Otzberg (alle in Südhessen) weisen in den Ortskernen eine überalterte Gebäudesubstanz, Erschließungs- und Parkraumprobleme sowie Defizite in der örtlichen Versorgung und teilweise Leerstand auf. Da die drei Kommunen kaum über eigene Flächen in diesen Bereichen verfügen, müssen die Bevölkerung beziehungsweise Immobilieneigentümer*innen aktiv einbezogen werden, um vorhandene Flächenpotenziale für eine nachhaltige Ortsentwicklung zu nutzen.

Gemeinsam und interaktiv Visionen entwickeln

In AktVis wurden neue Methoden zur Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen erarbeitet. Dabei spielt die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Notwendigkeit und den Mehrwert einer Innenentwicklung in Workshops, Gesprächsrunden und durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen eine entscheidende Rolle. Ergänzend zur Eigentümer*innenansprache wurde ein webbasiertes Visualisierungstool (WebGIS) entwickelt. Die realitätsnahe Visualisierung der Flächen und Gebäude wurde bei der Vor-Ort-Beteiligung mit einer Online-Partizipation verknüpft. Eine solche interaktive Ortsentwicklung mit Werkzeugen zur Gestaltung und zum Dialog lädt dazu ein, aktiv mitzuarbeiten.

Das Forschungsprojekt zeigt, dass Innenentwicklung eine Gemeinschaftsaufgabe ist, in die der gesamte Ort einzubeziehen ist. Bedeutend für die Stärkung der Innenentwicklung sind zudem: Sensibilisierung und Aktivierung der Bevölkerung für die Thematik, politischer Wille, lokale Multiplikator*innen (z.B. Ortsbeiräte), ein langer Atem aller Beteiligten und der vielversprechende Einsatz digitaler Instrumente (WebGIS).

Und was nun? – Loslegen, Weitermachen und Innen entwickeln!

Obwohl die neuen Ansätze zufriedenstellende Resultate erzielten, zeigte sich, dass eine bloße Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten nicht ausreichend ist. Der intensive Dialog ist ein erster wichtiger Schritt. Eine mehrstufige Einbindung aller Akteure kann inklusive 3D-Visualisierung die Kommunikation langfristig verbessern. Die Stellschrauben für die Innenentwicklung liegen jedoch auch an anderen Stellen. Für die Erreichung des Zieles „Innen vor Außen“ sind auf der kommunalen Ebene Veränderungen nötig, die die Unterstützung durch die Politik voraussetzt. Innenentwicklung muss als komplexe und gemeinschaftlich lösbare Managementaufgabe verstanden werden.

Wohnraum in alternden Einfamilienhausgebieten passgenau nutzen



LebensRäume – Instrumente zur bedürfnis-orientierten Wohnraumnutzung in Kommunen

Projektbeteiligte: Kreis Steinfurt, Öko-Institut e.V., ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, ifeu Institut für Energie und Umwelt

Laufzeit: 01.03.2017 – 31.12.2020

Bundesland: Nordrhein-Westfalen

Internetseite: <https://kommunen-innovativ.de/lebensraeume>

Alternde Einfamilienhausgebiete: Vom Wohnraum zum Leerstand?

Vierorts sind sie ein vertrautes Bild: alternde Einfamilienhausgebiete. In den 1960er- bis 80er-Jahren haben sich Menschen hier ihren Wohnraum erfüllt. Heute sind die Kinder ausgezogen. Alleinstehende oder Paare wohnen in Häusern, die für mehrköpfige Familien konzipiert sind. Die Gebäude sind mit ihren Bewohner*innen gealtert. Sie entsprechen vielfach nicht modernen Energieeffizienzstandards und sind nur begrenzt für das Leben mit körperlichen Einschränkungen geeignet. Energieverbrauch und Treibhausgas-Ausstoß pro Kopf sind hoch. Gleichzeitig werden oft weiterhin Baugebiete ausgewiesen, um junge Familien anzuziehen. Flächen- und Heizenergieverbrauch sowie Infrastrukturkosten steigen dadurch. Kommunale Klimaschutzziele zu erreichen, wird schwieriger.

Wohnraum passgenau nutzen

Die Idee von LebensRäume: Wohnraum passgenau nutzen. Die Vermutung: Für viele ältere Menschen kommen Wohnalternativen in Frage, zum Beispiel Umzug in eine barrierefreie kleinere Wohnung, gemeinschaftliches Wohnen oder Vermietung von Teilen des Hauses. So würden Häuser oder Hausteile frei. Eine repräsentative Befragung älterer Eigenheimbesitzer*innen im Kreis Steinfurt ergab: Rund 50 Prozent können sich rein theoretisch einen Umzug vorstellen, rund 20 Prozent eine Vermietung. In der Praxis gibt es aber zahlreiche Hemmnisse und großen Beratungsbedarf.

Auf dieser Basis entstand ein Unterstützungskonzept, das Kommunen ihren Bürger*innen anbieten können: Aufbauend auf einer breiten Öffentlichkeitsarbeit

soll eine individuelle Orientierungsberatung älterer Eigenheimbesitzer*innen helfen, die persönlich geeignete Wohnoption zu finden. Vertiefende Beratungs- und Unterstützungsangebote (z.B. zu Verkauf, Umbau, Umzug oder Vermietung) sollen ihren weiteren Weg begleiten. Natürlich muss in den Kommunen auch geeigneter altersgerechter Wohnraum geschaffen oder aktiviert werden.

Die Orientierungsberatung wurde in Haushalten erprobt und gut angenommen. Durchgeführt wurde sie von fachlich weitergebildeten Energieberater*innen. Aber auch Senior*innen- oder Wohnberatungsstellen könnten Träger eines solchen Angebots sein.

Verbreitung und Weiterentwicklung der Orientierungsberatung

Die Idee fand große Resonanz bei Verbänden aus Verbraucherschutz, Energieberatung, Sozial- und Wohnungswesen sowie weiteren Kommunen. Aktuell läuft ein Antrag auf ein Folgeprojekt. Mit Hilfe der genannten Partner soll die Orientierungsberatung erprobt werden. Eine Begleitforschung soll untersuchen, mit welchen Trägerstrukturen und Kommunikationswegen die älteren Hauseigentümer*innen am besten erreicht werden.

Mehrwert und Übertragbarkeit

Das Problem der alternden Einfamilienhausgebiete stellt sich vielerorts. Orientierungsberatung und Unterstützungsangebote sind überall möglich. Im Projekt LebensRäume wurden Informationsmaterialien entwickelt, die auch von anderen Kommunen genutzt und angepasst werden können. Die Entwicklung des passenden Wohnungsangebotes bedarf freilich eines langen Atems.

Frühwarnsystem zur Vermeidung von Gewerbeleerstand

Flächenmanagement – Verringerung des Flächenverbrauchs durch ein vorausschauendes Monitoring der Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Flächenbedarf und ein nachhaltiges Flächenmanagement im Bereich von Gewerbeflächen

Projektbeteiligte: oleg Osnabrücker Land-Entwicklungsgesellschaft mbH, ECOLOG Institut für sozial-ökologische Forschung und Bildung

Laufzeit: 01.07.2017 – 30.06.2020

Bundesland: Niedersachsen

Internetseite: www.oleg.de



Immer mehr Unternehmer*innen stehen vor der Übergabe ihres Unternehmens

Der demografische Wandel und dessen Folgen werden vielfach diskutiert. Wenig Beachtung findet bislang, dass mit der alternden Bevölkerung auch das Durchschnittsalter in den Führungsetagen von Unternehmen steigt und die Zahl der bevorstehenden Unternehmensnachfolgen wächst. Das Problem: Die Übergabe eines Unternehmens an eine/n Nachfolger*in wird häufig nicht rechtzeitig organisiert. Zugleich fehlen mögliche Nachfolger*innen.

Die unfreiwillige Schließung von Unternehmen mangels Unternehmensnachfolge oder aber die geplante Schließung eines Betriebs aufgrund einer negativen Einschätzung seiner weiteren Entwicklung können zur Aufgabe des Betriebes und damit perspektivisch zur Entstehung von Brachflächen führen.

Frühwarnsystem ermöglicht zielgerichteten Umgang mit Gewerbeflächen

Um Gewerbeflächenpotenziale nutzen zu können, wurde im BMBF-Verbundvorhaben Flächenmanagement ein Frühwarnsystem entwickelt, das auf die Vermeidung und das Recycling von Brachflächen zielt. Das Frühwarnsystem ist im Customer Relationship Management System der Wirtschaftsförderung verankert. Es enthält Angaben zum Alter der Unternehmer*innen und den wirtschaftlichen Kennzahlen des Unternehmens. Anhand dieser Kennzahlen kann ermittelt werden, bei welchen Unternehmen sich Probleme in der Nachfolgefindung abzeichnen könnten und welchen daher Unterstützung angeboten werden sollte. Die Wirtschaftsförderung unterstützt zudem in Form von Beratung zu immobilienwirtschaftlichen und

bauplanungsrechtlichen Fragen, entwickelt gemeinsam mit den Unternehmer*innen Nachnutzungskonzepte und vermittelt Kontakte zu Interessent*innen für die Unternehmensübernahme aus der Gründungsberatung. Parallel dazu wird ein Flächenkataster aufgebaut, in dem sowohl Unternehmen, bei denen sich eine problematische (Nachfolge-)Entwicklung abzeichnet, als auch bereits vorhandene Brachen, Leerstände, Unternutzungen und Baulücken aufgeführt werden. In der Zusammenschau der leerstandsgefährdeten und leerstehenden Flächen werden die Gewerbeflächenpotenziale und die Synergien der Flächen im Landkreis Osnabrück sichtbar.

Unternehmensnachfolge ist ein langer Prozess

Die Nachfolgeregelung in Unternehmen nimmt in der Regel mehrere Jahre in Anspruch, zudem stehen immer wieder neue Betriebe vor der Übergabe. Wichtig ist es daher, dass ein solches Frühwarnsystem dauerhaft gepflegt wird, sodass Unternehmen fortlaufend und aktiv bei der Nachfolgesuche oder gegebenenfalls Nachnutzung ihrer Gewerbeimmobilie unterstützt werden können.

Ein Frühwarnsystem für jede Kommune?

In den meisten Kommunen ist bereits ein Flächenkataster auf der Basis eines Geoinformationssystems (GIS) vorhanden, dieses kann zu einem Potenzialflächenkataster für Gewerbeflächen erweitert werden, welches die Basis für den Aufbau eines Frühwarnsystems bildet. Das im Projekt Flächenmanagement erprobte Vorgehen ist somit auf andere Kommunen übertragbar, benötigt aber entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen.



Kommunaler Innenentwicklungsfonds – Stärkung der Region durch Erhalt und Attraktivierung von zentralen Ortslagen

Regionale Kooperation für Innenentwicklung

Leerstand und Funktionsverluste in zentralen Ortslagen, demografischer Wandel, Entwicklungsdruck und Flächenverbrauch an Ortsrändern – die Herausforderungen, denen sich Kommunen gegenübersehen, sind vielschichtig. Die beteiligten Kommunen der niedersächsischen Landkreise Nienburg/Weser und Gifhorn betrachten dabei nicht nur die Entwicklung der eigenen Gemeinde mit Sorge, sondern auch die der Nachbargemeinden.

Wenn die gesamte Region leidet, geht es auch der eigenen Gemeinde schlechter – so die gemeinsame Erkenntnis, aus der Handlungsbedarf abgeleitet wurde. Die Bürgermeister*innen der beiden Regionen entwickelten gemeinsam ein neues Finanzierungsinstrument – den Kommunalen Innenentwicklungsfonds –, der die Chance bietet, sich mit der Innenentwicklung der eigenen Gemeinde, aber auch der gesamten Region zu beschäftigen und strategisch neu auszurichten.

Solidarisches Fondsmodell

KIF ist ein Wettbewerb der besten Ideen der Innenentwicklung. Die Besonderheit: Allen Beteiligten ist klar, dass sie zwar auf jeden Fall in den Fonds einzahlen, aber nur dann Zahlungen in Form einer nicht rückzahlbaren Zuwendung erhalten, wenn sich ihre Idee im Wettbewerb durchsetzt.

Die Finanzierung erfolgt aus Beiträgen der teilnehmenden Kommunen, die sich aus einem Schlüssel von Steuerkraft und Einwohnerzahl ergeben. So kann aus dem Fonds zum Beispiel die Einrichtung einer Filteranlage zur Reduktion von Geruchsbelastungen gefördert werden, damit eine innerörtliche Fläche zu Bauland entwickelt werden kann oder die Wirtschaftlichkeitslücke für die Modernisierung von im ländlichen Raum unterrepräsentiertem Geschosswohnungsbau zumindest anteilig zu decken.

Ein einfach anwendbares Bewertungsverfahren gewährt ein nachvollziehbares und akzeptierbares Ergebnis

KIF – Kommunaler Innenentwicklungsfonds

Projektbeteiligte: Landkreis Nienburg/Weser, Landkreis Gifhorn, Georg-August-Universität Göttingen, assoziiert Regionalverband Großraumverband Braunschweig

Laufzeit: 01.07.2016 – 31.12.2019

Bundesland: Niedersachsen

Internetseite: www.kif-innovativ.de

für alle. Nach einer individuellen Bewertung durch die Mitglieder des Bewertungsgremiums werden im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung der Antrag und die jeweilige Bewertung diskutiert. Daran schließt sich eine Bewertung des gesamten Gremiums an, aus der sich ein Ranking der zu fördernden Maßnahmen ergibt.

„Wir können Kooperation“

Davon sind die Städte und Gemeinden im Landkreis Nienburg/Weser überzeugt und stellen durch die Gründung des KIF zum 1. Januar 2020 ihre regionale Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit unter Beweis. Sie haben eine passgenaue Lösung für ihre örtlichen und regionalen Handlungsnotwendigkeiten gefunden. KIF stellt somit nicht nur ein Finanzierungsinstrument dar, sondern bietet die Chance, über die Förderung der Innenentwicklung die Zukunftsfragen der eigenen Gemeinde in und mit der gesamten Region zu gestalten – und leistet damit einen Beitrag zu Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ländlichen Regionen.

Das Land Niedersachsen zeigt sich von dem innovativen strategischen Ansatz der 39 Städte und Gemeinden sowie des Landkreises überzeugt und fördert in den Jahren 2020 bis 2023 den Fonds mit insgesamt 300 000 Euro als Modellprojekt der Regionalentwicklung.



Ein Bürgerfonds für historische Fachwerkstädte

Bürgerfonds – Entwicklung eines bürgerschaftlich getragenen Entscheidungs- und Finanzierungsmodells für Innenentwicklung und Stadtumbau in schrumpfenden kleinen und mittleren Städten

Projektbeteiligte: Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e.V., Stiftung trias

Laufzeit: 01.10.2016 – 30.03.2020

Bundesländer: Hessen, Niedersachsen, Thüringen

Webseite: www.buergerfonds.org

Historische Altstädte revitalisieren

Zukünftig müssen ländliche Regionen mit deutlichen Einwohnerverlusten rechnen. Klein- und Mittelstädte werden sich regional unterschiedlich entwickeln. Sinkende Bevölkerungszahlen in den historischen Kernstädten führen zu zurückgehenden Investitionen in die bauliche Substanz, dies wiederum wirkt negativ auf die Attraktivität und Vitalität der Städte. Vielerorts ist der Erhalt historischer Gebäude mit den begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen der Kommunen kaum zu gewährleisten. Ein Weg zur Revitalisierung der Stadtkerne ist die Einbindung bürgerschaftlichen Engagements.

Struktur des Bürgerfonds

Um bürgerschaftliches Engagement für den Erhalt historischer Bausubstanz zu stärken, wurde mit dem „Bürgerfonds“ ein neues Finanzierungsinstrument entwickelt und erprobt. Zentraler Baustein des Bürgerfonds ist ein Sondervermögen der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e.V. (ADF) bei der Stiftung trias. Mit den Fondsmitteln können engagierte Bürgergruppen Gebäude erwerben, sanieren und neuen Nutzungen zuführen.

Auf Grundlage eines Erbbaurechtsvertrags wird das Gebäude vom Grundstück getrennt. Das Grundstück

gelangt in das Sondervermögen „Bürgerfonds“. Die Bürgergruppe übernimmt bei Zahlung eines Erbbauzinses die Gebäudeunterhaltung. Der Erbbauzins stellt das notwendige revolvierende Element dar, um den Bürgerfonds dauerhaft mit Mitteln zu versorgen, die langfristig weiteren Bürgergruppen zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich untermauert ein Kooperationsvertrag zwischen der Bürgergruppe und der ADF die Funktion des Bürgerfonds als Beratungsinstrument, zum Beispiel hinsichtlich Fördermitteln und Denkmalschutz.

Die Erfahrungen aus dem Projekt zeigen, dass die Bereitschaft der Bürger*innen groß ist, sich für die eigene Stadt zu engagieren. Allerdings benötigen sie finanzielle und personelle Unterstützung zur Umsetzung ihrer Vorhaben. Hier setzt der Bürgerfonds an und schafft neue Spielräume für die Bürgergruppen.

Zukunft des Bürgerfonds

Der Bürgerfonds schafft neue Gestaltungsspielräume in historisch geprägten Klein- und Mittelstädten. Durch das Erbbaurecht werden Bodenwerterträge langfristig für die Instandhaltung von Immobilien verfügbar gemacht. Der praxisnahe Ansatz – die Zusammenarbeit mit Bürgergruppen im Reallabor – ist auf andere historisch geprägte Städte übertragbar.

Jedoch stieß der Bürgerfonds auch auf Hürden. Innerhalb der Bürgerschaft bestehen oft wenige Kenntnisse über Projektentwicklung und im Speziellen über das Instrument Erbbaurecht. Die meist nur geringen Erträge aus dem Erbbauzins führen zu Unsicherheiten bezüglich der Teilnahme am Bürgerfonds. Eine finanzielle Anfangsausstattung des Bürgerfonds sowie die Anpassung der Erbbauzinssätze an gegebene Marktpreise können den Unsicherheiten entgegenwirken, sodass der Bürgerfonds langfristig einen Beitrag zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in kleinen und mittleren Städten im ländlichen Raum leisten kann.

Bürgermeister- Interview mit Detlef Meyer, Samtgemeinde Grafschaft Hoya



Detlef Meyer, verheiratet, zwei Kinder, ist seit mehr als 17 Jahren im Bürgermeisteramt, davon zehn Jahre als Samtgemeindebürgermeister der Samtgemeinde Grafschaft Hoya, Niedersachsen, mit zehn Mitgliedsgemeinden und rund 16900 Einwohner*innen auf 215 Quadratkilometern.

Vor welchen Herausforderungen steht Ihre Gemeinde mit Blick auf die Innenentwicklung?

Bedingt durch die demografische Entwicklung und den damit einhergehenden sozialen Wandel sowie das gestiegene Bewusstsein um die knapper werdende Ressource Fläche ist die politische Auseinandersetzung mit Schrumpfungsprozessen bei gleichzeitigem Erhalt von attraktiven Ortsmitten, die ihre Versorgungsfunktionen weiterhin erfüllen sollen, unvermeidlich geworden. Eine aktive Innenentwicklung setzt eine nachhaltige Handlungsfähigkeit voraus, die zukünftig verstärkt von der Verfügbarkeit von Grund und Boden geprägt sein wird.

Gemeinsam mit 35 anderen Gemeinden haben Sie im „Kommunen innovativ“-Projekt einen kommunalen Innenentwicklungsfonds entwickelt. Warum haben Sie mitgemacht?

Das Forschungsprojekt bot die Chance, gemeinsam für eine wichtige kommunale Zukunftsaufgabe – sowohl der eigenen als auch der Nachbargemeinden – eine passende Lösung zu erarbeiten. Die Aktivierung unserer zentralen Ortslagen und die Erhöhung ihrer Attraktivität sowie die Erhaltung ihrer Versorgungsfunktion für die ländliche Bevölkerung sollen unsere gesamte Region stark machen.

Welche Veränderungen beobachten Sie in der Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden im Landkreis?

Ganz wesentlich hat sich das Verständnis über die Problemlagen in den anderen Gemeinden und für deren Projekte positiv verändert. Vertrauen ist gewachsen und Zuversicht darüber ist entstanden, dass sich die Gemeinden innerhalb der Region einem Wettbewerb der besten Innenentwicklungsmaßnahmen stellen und dass allen Gemeinden die positiven Ausstrahleffekte direkt oder indirekt zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger zugute kommen werden. Insoweit ist es mit Hilfe von „KIF“ gelungen, die lokalen „Kirchtürme“ zu verringern.

Was ist für Sie das spannendste Ergebnis des Projektes „KIF“?

Am wichtigsten finde ich, dass es den Gemeinden im Landkreis Nienburg/Weser gemeinsam mit dem Landkreis gelungen ist, aus der Entwicklungsphase mit der Gründung des Fonds in die tatsächliche Umsetzung zu kommen. Mit dem Kommunalen Innenentwicklungsfonds haben die Städte und Gemeinden bewiesen, dass sie durch interkommunales Handeln in der Lage sind, einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu schaffen.

Besonders erfreulich ist, dass auch das Land Niedersachsen die Innovationskraft von KIF erkannt hat und den Fonds unabhängig von einer konkreten Projektförderung finanziell unterstützt.

Perspektiven für innovative Kommunen

In neuen Kooperationen mit Wissenschaft, Wirtschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bürger*innen suchten die beteiligten Kommunen im Rahmen der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ nach innovativen Lösungen, um die räumlichen Auswirkungen des demografischen Wandels zu gestalten und dies mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Stadt- und Regionalentwicklung zu verknüpfen. Die Palette der bearbeiteten Themen ist groß und geht über die in dieser DStGB-Dokumentation vorgestellten Themen hinaus. Neun Schwerpunkte stehen für eine zukunftsorientierte kommunale Entwicklung:

- **Daseinsvorsorge sichern:** Mithilfe neuer Organisationsformen und Finanzierungsansätze werden kommunale Angebote und Einrichtungen aufrechterhalten und weiterentwickelt.
- **Innen entwickeln:** Stadtzentren und Ortskerne werden als lebendige Wohn- und Lebensorte gestärkt.
- **Beschäftigungspotenziale erschließen:** Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten werden ressortübergreifend ausgebaut.
- **Vielfalt leben:** Kommunen nutzen die Chancen einer vielfältigen Gesellschaft aktiv.
- **Gemeinschaftlich finanzieren:** Neue Finanzierungsinstrumente verbessern die kommunale Handlungsfähigkeit.
- **Allianzen bilden:** Die Zusammenarbeit mit neuen Partnern erweitert den Handlungsspielraum der Kommunen.
- **Interkommunal agieren:** Kommunen gestalten Lösungen im regionalen Schulterschluss.
- **Datenschätze heben:** Bestehende Daten werden zielgerichtet aufbereitet, um kommunale Entscheidungen zu verbessern.
- **Experimente wagen:** Wissenschaft unterstützt die Entwicklung zukunftsweisender Ansätze.

Nicht nur für die Modellkommunen und -regionen, sondern für die kommunale Landschaft bundesweit entwickelten die „Kommunen innovativ“-Projekte wichtige und inspirierende Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung, die gleichzeitig

das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse stärken. Die Erfahrungen und Erkenntnisse dienen anderen Kommunen als Anregung, wie sie auf drängende Zukunftsaufgaben mit kreativen und innovativen Ansätzen reagieren können.

„Kommunen innovativ“ verdeutlicht die wichtige Rolle von Städten, Gemeinden und Landkreisen bei der Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Stadt und Land. Vor Ort erweist es sich zum Beispiel, ob den Menschen qualitative, ausreichende, gut erreichbare und bezahlbare Angebote der Daseinsvorsorge zur Verfügung gestellt werden können. In den Städten und Gemeinden wird sichtbar, ob die Stadtzentren und Ortskerne für die dort lebenden Menschen von Bedeutung sind. Auf lokaler Ebene zeigt sich auch, wie Bürger*innen in die politische Zukunftsgestaltung einbezogen werden können.

Nicht nur die Auswirkungen des demografischen Wandels sind zu bewältigen, Kommunen müssen sich mit den Folgen der Digitalisierung aller Lebensbereiche, ihren knappen finanziellen und personellen Ressourcen sowie der Notwendigkeit einer stärkeren interkommunalen Kooperation und einer intensiveren Beteiligungskultur auseinandersetzen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie machen diese Aufgabe nicht leichter.

In „Kommunen innovativ“ sind nicht nur vielfältige Themen bearbeitet worden. Es zeigt sich darüber hinaus, wie wichtig angemessene finanzielle und personelle Ressourcen sind und wie notwendig die Kooperation mit der Wissenschaft für die Auseinandersetzung mit zukunftsgerichteten Themen ist. Die Wissenschaft unterstützt durch den Blick von außen und eröffnet neue Perspektiven auf bisher ungelöste Aufgaben in den Kommunen. Nur in Kooperation können neue Ansätze und Instrumente vor Ort nicht nur entwickelt, sondern dauerhaft verankert werden.

Die Förderung im Rahmen von „Kommunen innovativ“ bot den beteiligten Kommunen einen Freiraum jenseits ihrer Pflichtaufgaben, indem in offenen Experimenten unerwartete Lösungen entwickelt werden konnten. „Kommunen innovativ“ zeigt, dass Initiativen wie diese BMBF-Fördermaßnahme wichtige Impulse setzen und wertvolles Knowhow sowie notwendige Ressourcen in die kommunale Entwicklung einbringen können – wenn auch nur für einen begrenzten Förderzeitraum.

BISHER IN DIESER REIHE ERSCHIENEN

No. 156	Infobaukasten Mobilfunk	10/2020
No. 155	Insektenfreundliche Kommune	10/2020
No. 154	Deutsche und Türkische Integrationskonzepte in Kommunen Integration als gesamtgesellschaftlicher Auftrag	9/2020
No. 153	Ernährung als kommunalpolitisches Thema auf die Agenda bringen	2/2020
No. 152	Einsatz von Gasbussen im ÖPNV	10/2019
No. 151	EU-Beihilferecht in der kommunalen Praxis	8/2019
No. 150	Vielfalt leben	3/2019
No. 149	Wasser in der Stadt	2/2019
No. 148	Mobilfunk – Gestern – Heute – Morgen	6/2018
No. 147	Bezahlbaren Wohnraum schaffen	3/2018
No. 146	Genossenschaften und Kommunen – erfolgreiche Partnerschaften (Neuaufgabe)	2/2018
No. 145	Elektromobilität bei kommunalen Nutzfahrzeugen	11/2017
No. 144	Auslaufende Konzessionsverträge	10/2017
No. 143	Kommunale Beleuchtung	9/2017
No. 142	Perspektiven des Breitbandausbaus – Ziele, Strategie, Technik	6/2017
No. 141	Veranstaltungen sicher machen – Kultur und Freizeit vor Ort schützen	6/2017
No. 140	WIR schaffen das! KOMMUNEN gestalten Integration Rahmenbedingungen verbessern, Überforderung vermeiden Bilanz 2016 und Ausblick 2017 der deutschen Städte und Gemeinden	1/2017
No. 139	Wasser, Abwasser, Energie – Übergreifende Lösungen und Modellvorhaben zur Integration der Infrastrukturen	11/2016
No. 138	Bundeswehr und Kommunen	11/2016
No. 137	Förderung des Radverkehrs in Städten und Gemeinden Neuaufgabe 2016	6/2016
No. 136	Deutschland umbauen: Reformen umsetzen, Integration gestalten – Bilanz 2015 und Ausblick 2016 der deutschen Städte und Gemeinden	1-2/2016



Marienstraße 6 · 12207 Berlin
Telefon 030 77307-0
Telefax 030 77307-200
dstgb@dstgb.de
www.dstgb.de



Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Dr. Stephanie Bock, Julia Diring
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
E-Mail: bock@difu.de, diringer@difu.de
Internet: www.difu.de

Konzeption und Druck:
W&S Epic GmbH · Schulze-Delitzsch-Straße 39 · 30928 Burgwedel
Telefon 05139 8999-0 · Telefax 05139 8999-50
info@ws-epic.de · www.ws-epic.de